



Wirtschaftspolitische Positionen

BWIIHK-Impulse für die 18. Legislaturperiode



IHK

Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag



Einleitende Bemerkung

Impulse zur Landtagswahl 2026

Solide Staatsfinanzen als Fundament für wirtschaftliche Stärke

Deutschland steht vor großen Herausforderungen im Bereich seiner Staatsfinanzen. Der Anteil der Staatseinnahmen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt seit einem Jahrzehnt konstant über 45 Prozent und bewegt sich auf die 50-Prozent-Marke zu. Mahnungen, die hohen Staatsausgaben auf den Prüfstand zu stellen, verhallen regelmäßig angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung und Rekordsteuereinnahmen auf allen Ebenen. Die Schuldenbremse hat die Wunschlisten zwar insoweit erfolgreich gekappt, dass die Staatsverschuldung in Deutschland nach der Pandemie auf ein im internationalen Vergleich niedriges Niveau zurückgekehrt ist. Allerdings ging diese Entwicklung einher mit einer starken strukturellen Verschiebung der Staatsausgaben von Investitionen zu Konsum. Deutschland lebt seit Jahren auf Pump zu Lasten seiner wirtschaftlichen Substanz. Die gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionen bewegen sich um die Nulllinie und beim Wirtschaftswachstum ist seit 2019 ebenfalls nur ein ganz schwaches Plus zu verzeichnen. Damit reiht sich Deutschland in Europa auf einem der hinteren Plätze ein.

Die Politische Agenda der kommenden Jahre muss dringend auf die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland fokussiert sein. Ohne grundlegende Reformen werden die Verteilungsspielräume in Zeiten knapper Kassen noch geringer und die Priorisierung von Ausgaben noch herausfordernder:

- **Investitionsstau:** Der gesamtwirtschaftliche Substanzverzehr blockiert den Aufschwung.
- **Zeitenwende:** Steigende Verteidigungsausgaben statt Friedensdividende.
- **Energiewende:** Abschreibungen auf fossile Infrastruktur und Neuinvestitionen.
- **Zinsniveau:** Höhere Zinsausgaben schmälern den finanziellen Spielraum.
- **Demografie:** Renteneintritt der Baby-Boomer.
- **Produktivitätsstagnation:** Besonders die Digitalisierung kommt zu langsam voran.

Die Stellschrauben für die Politik sind überschaubar. Steuereinnahmen, Neuverschuldung, aber und vor allem auch eine *Ausgabenkritik*, die mit einer konsequenten *Aufgabenkritik* einhergehen muss. Denn angesichts des hohen Niveaus der Staatsquote kann kein Zweifel daran bestehen, dass erhebliche Einsparpotenziale vorhanden sind. Gleichzeitig ist aber eine ausgewogene und nachhaltige Ausrichtung der Staatsfinanzen kein Nullsummenspiel, sondern bringt mittelfristig auch wieder wachstumsbasierte Handlungsspielräume.

Die Forderungen der Wirtschaft an die Landespolitik tragen diesen Herausforderungen Rechnung. Während der Coronapandemie und in der Gaskrise haben die Unternehmen von schnellen, pragmatischen und unbürokratischen Entscheidungen profitiert. Die Prioritäten lagen zurecht nicht auf kleinteiligen ordnungspolitischen Diskussionen, sondern auf dem Erhalt der wirtschaftlichen Basis Deutschlands. Von den Gedanken, dass alle Probleme sich mit noch mehr Geld und Fördermitteln wegfinanzieren lassen, müssen wir uns jedoch verabschieden. Zu groß sind die damit verbundenen Verzerrungen und zu gering die Aussichten, langfristig mit Geld und Gießkanne strukturelle Reformen vermeiden zu können.

Die Landespolitik muss sich künftig an einigen, im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des Landes unverrückbaren Grundsätzen orientieren. Weniger Staat und Dirigismus, mehr Eigenverantwortung, mehr Ressourcen für direkte Wertschöpfung in den Unternehmen statt bürokratische Fördermittelvergabe und schließlich auch Rückbesinnung auf die Stärken des Standorts, nämlich schlaue Köpfe und ein großes Reservoir an Wissen.

Übersicht

1. Wettbewerbsfähigkeit stärken – Rahmenbedingungen verbessern	4
Finanzen mit Weitblick gestalten	4
Bürokratie abbauen	6
Steuern senken, Wachstum fördern	8
Industrie – Wettbewerbsfähigkeit und Transformation fördern	10
Innovation braucht mehr Freiraum	12
Zukunftstechnologien fördern	14
Globalisierung im Wandel	16
Klimaschutz gemeinsam mit der Wirtschaft erreichen	18
Unternehmertum stärken, Freiräume schaffen	20
EKU – Kleine Unternehmen, große Wirkung	22
2. Fachkräftepotenziale erschließen und sichern	24
Berufliche Bildung stärken	24
Weiterbildung – Kompetenzen gezielt fördern	26
Hochschulpolitik – Transfer, Praxis und Innovation verknüpfen	28
Fachkräfte gewinnen und binden	30
3. Zentrale Infrastruktur ausbauen	32
Energieversorgung – sicher und bezahlbar	32
Wasserstoff – Markthochlauf beschleunigen	34
Wohnbau als entscheidender Standortfaktor	36
Zukunft braucht Flächen	38
Verkehr – Mobilität intelligent gestalten	40
Breitband flächendeckend ermöglichen	42
Gesamtverteidigung wirtschaftlich denken	44
4. Standortqualität erhöhen	46
Gesundheitswirtschaft – Chancen der Digitalisierung nutzbar machen	46
Gesundheitsversorgung effizient und wirtschaftsnah gestalten	48
Gesundheitsinnovation fördern	50
Wirtschaftsmotor Tourismus	52
Für attraktive Innenstädte	54
Digitalisierung weiter voranbringen	56
Medienstandort stärken	58



Finanzen mit Weitblick gestalten

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die stark exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft befindet sich in einer anhaltenden Schwächephase. Der internationale Wettbewerb hat sich stark verändert, die Industrie erlebt einen Strukturbruch, was sich auch in den Haushalten von Land und Kommunen niederschlägt, die mit weniger Steuereinnahmen rechnen müssen. Die Haushaltslage von Land und Kommunen ist von großer Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Sie sind Voraussetzung für eine gute Infrastruktur, ein wirtschaftsfreundliches Klima und sichern mit guten Standortbedingungen den unternehmerischen Erfolg. Allerdings gelingt es vielen Kommunen nicht, die Mittel zur Konsolidierung ihrer Haushalte zu nutzen, was der Wirtschaft schadet. Vielmehr werden zur Sicherung der Einnahmensituation u.a. die Hebesätze von Gewerbe- und Grundsteuer erhöht oder neue kommunale Steuern, wie z.B. eine Verpackungsteuer in der Stadt Tübingen, eingeführt. Diese zusätzlichen Lasten und die Bürokratiekosten verringern die Standortattraktivität und schaden letztlich der Wirtschaft und damit der nachhaltigen Einnahmensicherung. Der BWIHK empfiehlt daher:

- Öffentliche Haushalte nachhaltig aufstellen
- Subventionen auf den Prüfstand

Öffentliche Haushalte nachhaltig aufstellen

Nachhaltig aufgestellte Haushalte sollten oberste Priorität haben – sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene. Es braucht attraktive Rahmenbedingungen, damit die Wirtschaft investiert und Spielräume für private Initiativen und Investitionen hat.

Die öffentlichen Haushalte sollen über die Ausgabenseite konsolidiert werden, nicht über die Einnahmeseite. Es muss geprüft werden, welche Aufgaben der Staat übernehmen muss und welche Leistungsstandards hierbei anzusetzen sind. Alle Ausgaben müssen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Hierzu gehören eine laufende Aufgabenkritik und Prüfung von prioritären Ausgaben.

Das Konnexitätsprinzip ist strikt zu beachten: Wer neue Aufgaben definiert und damit Ausgaben auslöst, muss diese auch finanzieren.

Zukunftsorientierte Investitionen sollten Vorrang vor konsumtiven Ausgaben haben. Der Anteil der Fixkosten sollte regelmäßig auf Reduzierungsmöglichkeiten untersucht werden. Ein großer Teil des Volumens des Landeshaushaltes etwa entfällt auf die Personalkosten, aber hier kennt die Entwicklung der letzten Jahre nur eine Richtung: nach oben. Weitere Einsparpotenziale könnten z.B. über Konzepte entwickelt werden, mit denen Verwaltungsabläufe durch die Nutzung neuer Technologien automatisiert werden können.

Der BWIHK spricht sich gegen die Konsolidierung auf Kosten der Wirtschaft aus. Steuererhöhungen sollten grundsätzlich tabu sein. Dies gilt insbesondere für die Höhe der Hebesätze von Gewerbe- und Grundsteuer. Gleiches gilt für die Einführung neuer Steuern oder Abgaben.

Subventionen auf den Prüfstand

Subventionen, Förderprogramme und Zuschüsse gehören regelmäßig auf den Prüfstand. Sie müssen wirtschaftspolitische Ziele unterstützen, wirksam in der Zielerreichung sein und einer strengen und kontinuierlichen Nutzenanalyse unterliegen. Gegebenenfalls müssen sie reduziert oder gestrichen werden. Auf ein kostenintensives Mikromanagement sollte verzichtet werden. Parallelstrukturen, Überschneidungen und unterschiedliche Nachweispflichten für dasselbe Ziel sind ineffektiv und binden unnötig Ressourcen in Unternehmen und Verwaltung. Subventionen sollten einfach, schlank und digital sein.

Ansprechpartner:

Sebastian Schieder
Federführung Finanzen, Steuern
sebastian.schieder@stuttgart.ihk.de
0711 2005 1266



Bürokratie abbauen

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die aus EU-, Bundes-, Landes- oder Kommunalem Recht (einschließlich Verwaltungsvorschriften) resultierenden bürokratischen Belastungen für unternehmerisches Handeln, insbesondere auch für die Wirtschaft im Land der Automobilbranche, haben ein existenzbedrohendes Ausmaß erreicht. Die Wirtschaft braucht einen Befreiungsschlag durch strukturellen Bürokratieabbau, statt einzelner Maßnahmen im Klein-Klein.

Die Wirtschaft begrüßt die Etablierung des Normenkontrollrats Baden-Württemberg sowie der Entlastungsallianz Baden-Württemberg. Folgende Maßnahmen würden eine Erholung der Wirtschaft darüber hinaus konkret unterstützen:

- Genehmigungsverfahren beschleunigen
- Ermessensspielräume ausnutzen
- Berichts- und Dokumentationspflichten eindämmen
- Praxischecks verpflichtend einführen
- Goldplating unbedingt verhindern
- Vollständig elektronische Kommunikation mit der Verwaltung ermöglichen
- Staatliche Register modernisieren

Entbürokratisierung als Wirtschaftsbooster

Genehmigungsverfahren beschleunigen

Überlange Verfahrensdauern sind große Hemmnisse für die Wirtschaft und deren Entwicklung. Weder im Baubereich noch im Bereich der Fachkräftegewinnung und -sicherung können sich Unternehmen beispielsweise darauf verlassen, zügig eine Entscheidung hinsichtlich ihrer Anträge zu bekommen. Das lähmt die Wirtschaft. Hier würden in vielen Bereichen Genehmigungs- und insbesondere Vollständigkeitsfiktionen hinsichtlich der vorgelegten Unterlagen helfen. Schließlich sollte für die Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit der Tag der Antragsstellung als „Stichtag“ maßgeblich sein. Nachträgliche Änderungen der Sach- und Rechtslage können dann nicht mehr dazu führen, dass ständig nachträglich umgeplant werden muss und sich Verfahren so verzögern. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob an den Stellen, an denen vom Gesetzgeber Genehmigungsverfahren vorgesehen sind, nicht grundsätzlich auch Anzeigeverfahren ausreichend wären.

Forderungen

- *Genehmigungsverfahren beschleunigen*

Ermessensspielräume ausnutzen

Strenge Amtshaftungsvorgaben lähmen die öffentliche Verwaltung, weil der Absicherungsgedanke für zahlreiche Beamte über allem steht und stehen muss. Schnelle, effiziente Verwaltungsverfahren bleiben in einem solchen Umfeld Wunschdenken – auch die öffentliche Verwaltung braucht Freiräume für gründlich abgewogene, jedoch Lebensrisiken anerkennende Entscheidungen. Die Verwaltung muss daher angehalten und die einzelnen Mitarbeitenden ermuntert werden, vorhandene Ermessensspielräume bei Entscheidungen auch auszunutzen, statt mit immer mehr Verwaltungsvorschriften und Dienstanweisungen den Entscheidungsspielraum der Mitarbeitenden so gering wie möglich zu halten.

Berichts- und Dokumentationspflichten eindämmen

Besonders viele Kapazitäten der Wirtschaft binden ausufernde Nachweis-, Berichts- und Dokumentationspflichten insbesondere für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU), die sich hierfür häufig externe Hilfe suchen müssen. Hier muss konsequent abgebaut werden, was nicht absolut notwendig ist.

Praxischecks verpflichtend einführen

Alle bestehenden Landesgesetze und alle künftigen Gesetzesvorlagen sind auf ihre Angemessenheit und Praxistauglichkeit hin zu überprüfen. Die Praxischecks sollten an Kleinstunternehmen erprobt werden, damit bürokratische Prozesse auch von den kleinsten Einheiten einfach umgesetzt werden können. Mit dem Normenkontrollrat Baden-Württemberg besteht hier eine wichtige Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft.

Kein Goldplating für EU- und Bundesrecht

Bei künftigen Gesetzesentwürfen, Verordnungen sowie Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung EU- und bundesrechtlicher Vorgaben sollen die bürokratischen Belastungen so gering wie möglich gehalten werden. Es darf also bei der Umsetzung solcher Vorschriften auf Landesebene kein strengerer Maßstab angesetzt werden als in der ursprünglichen Vorschrift vorgesehen. Dazu gehört auch die verpflichtende Prüfung, ob eine landesrechtliche Regelung überhaupt erforderlich ist, oder ob die Regelungsinhalte schon durch bereits vorhandene Gesetze ausreichend abgedeckt sind (s. GleichbehandlungsG).

Vereinheitlichung und Digitalisierung der Verwaltung

Einheitliche und vollständig elektronische Kommunikation mit Behörden

Verwaltungsverfahren zwischen verschiedenen Kommunen und Bundesländern müssen dringend vereinheitlicht werden. Im ersten Schritt kann eine Verpflichtung von Kommunen, Antragsformulare auch anderer Kommunen zu akzeptieren und diese auch digital zu verarbeiten, hier Anpassungsdruck erzeugen. Ziel müssen von Grund auf zukunftsfähige und unabhängig von Verwaltungseinheiten aufgesetzte Prozesse sein.

Die beschleunigte und vereinheitlichende Digitalisierung der Verwaltung würde in diesem Zusammenhang einen Quantensprung beim Bürokratieabbau ermöglichen. Voll digitalisierte Prozesse und maschinenlesbare Formulare sind für eine zeitgemäße und vor allem zeitnahe Bearbeitung von Anträgen zwingend erforderlich und auch machbar, was andere europäische Länder bereits geraume Zeit zeigen.

Staatliche Register modernisieren

Nur durch eine Vereinfachung und Modernisierung der Register kann das „Once-Only“-Prinzip umgesetzt werden und Daten, die bereits gegenüber der einen Behörde abgegeben wurden, auch der anderen Behörde zur Verfügung gestellt werden. Dies würde eine immense Entlastung für die Wirtschaft bewirken.

Forderungen

- *Ermessensspielräume ausnutzen*
- *Berichts- und Dokumentationspflichten eindämmen*
- *Praxischecks verpflichtend einführen*
- *Goldplating unbedingt verhindern*

Forderungen

- *Vollständig elektronische Kommunikation mit Verwaltung ermöglichen*
- *Staatliche Register modernisieren*

Ansprechpartner:

Dr. Andreas Kiontke
Federführung Recht
Andreas.kiontke@stuttgart.ihk.de
0711 2005 1288



Steuern senken, Wachstum fördern

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die Steuerbelastung von Unternehmen gehört zu den maßgeblichen Standortbedingungen, insbesondere für den Exportstandort Baden-Württemberg. Die Unternehmen im Land wie im Bund werden steuerlich deutlich stärker belastet als ihre Wettbewerber in vergleichbaren Industriestaaten. Deutschland ist Hochsteuerland. Die komplexen und kleinteiligen Steuerregeln – sowohl im materiellen Steuerrecht als auch im Verfahrensrecht – belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Zudem verschlechtern steigende Steuern (z.B. die Anhebung der Hebesätze in der Gewerbesteuer) oder neue kommunale Steuern zu Lasten der Wirtschaft die regionalen Standortbedingungen, auch wenn die Belastungen mit Gewerbe-, Grund- und Grunderwerbsteuer im Land im Bundesvergleich noch moderat sind. Vielmehr brauchen die Betriebe Impulse für mehr Investition und Wachstum. Mittel- und langfristig werden nur auf Basis erfolgreicher Unternehmen und einer wachsenden Wirtschaft nachhaltig steigende Steuereinnahmen erzielt. Der BWIHK empfiehlt daher folgende Maßnahmen:

- Wachstumsorientiertes Unternehmenssteuerrecht mitgestalten
- Steuerverfahrensrecht verbessern und Anreize setzen

Wachstumsorientiertes Unternehmenssteuerrecht mitgestalten

Steuerpolitik sollte stärker als Instrument einer guten Standortpolitik und Investitionsförderung verstanden werden. Das Land sollte daher auf ein praktikables Unternehmenssteuerrecht für mehr Investition und Wachstum im Bund hinwirken. Hierzu gehören neben einer Absenkung der Steuerbelastung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von max. 25 Prozent stärkere Investitionsimpulse durch Verbesserungen im Steuersystem, z.B. die Ausweitung der degressiven Abschreibung, bessere Verlustberücksichtigung und der Ausbau der steuerlichen Forschungszulage. Einseitige Steuerbelastungen zu Lasten der Wirtschaft sind zu vermeiden.

Steuerverfahrensrecht verbessern und Anreize setzen

Digitale Lösungen ausbauen

Für einen modernen und effizienten Steuervollzug braucht es den Ausbau digitaler Lösungen. Der Bürokratieabbau sollte sowohl Steuerpflichtige als auch die Finanzverwaltung entlasten und so einen effizienteren Einsatz von Personal – auch mit Blick auf den Fachkräftemangel – unterstützen. Hierzu gehören ein einheitliches IT-System und die Digitalisierung von Prozessen. Diese Anreize können den Standort Baden-Württemberg attraktiver machen.

Der risikoorientierte Ansatz sollte fortentwickelt werden

So könnten in den Steuerverfahren/-prozessen individuelle Verhältnisse der Steuerpflichtigen und eine risikoorientierte Betrachtungsweise stärker Berücksichtigung finden. Für Unternehmen, die über das Erforderliche hinaus mitwirken, sollte es Vorteile geben (z.B. schnellere Rechtssicherheit). Daten der Steuerpflichtigen sollten nur einmal zur Verfügung gestellt werden müssen („Once-Only-Prinzip“).

Betriebsprüfungen beschleunigen

Finanzbehörden sollten Betriebsprüfungen innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren nach Abgabe der Steuererklärung abschließen. Die hierfür erforderliche Beschleunigung wäre z.B. erreichbar durch risikoorientierte Prüfungen oder durch eine System- statt durch eine Belegprüfung.

Forderungen

- *Ausbau digitaler Lösungen*
- *Fortentwicklung des risikobasierten Ansatzes*
- *Betriebsprüfungen beschleunigen*

Ansprechpartner:

Sebastian Schieder
Federführung Steuern, Finanzen
sebastian.schieder@stuttgart.ihk.de
0711 2005 1266



Industrie

Wettbewerbsfähigkeit und Transformation fördern

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Das Verarbeitende Gewerbe erwirtschaftet in Baden-Württemberg ca. ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes – das ist national und international Spitze. Der industrielle Kern ist Treiber von Forschung und Entwicklung, Impulsgeber für alle anderen Sektoren, Vorreiter bei Klimatechnologien sowie bedeutender Arbeitgeber und Ausbilder. Es gilt daher, diesen Nucleus durch eine zukunftsorientierte, nachhaltige Industriepolitik zu unterstützen und Investitionen in Baden-Württemberg zu befördern. Die Landespolitik muss dafür sorgen, dass die Betriebe wieder an den Standort glauben und verlässlich planen können. Sie sollte sich daher für folgende Maßnahmen einsetzen:

- Standortbedingungen verbessern und investitionssicher gestalten
- Transformation hin zu Zukunftsbranchen unterstützen
- Industriakzeptanz und Technologieoffenheit fördern

Standortfaktoren deutlich verbessern

Einsatz für wettbewerbsfähigere Rahmenbedingungen verstärken

Eine starke Infrastruktur ist für die Industrie essenziell. Sie braucht eine leistungsstarke Verkehrsanbindung, gut erschlossene und verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen, Zugang zu Rohstoffen, eine bezahlbare und sichere Energieversorgung sowie eine leistungsfähige und flächendeckende Internetanbindung. Weiter sind gut ausgebildete Fachkräfte, auch aus dem Ausland, ein modernes Steuersystem und weniger Bürokratie nötig. Die Landespolitik sollte sich noch stärker im Land vor Ort und auf Bundes- und EU-Ebene für bessere Rahmenbedingungen, verlässliche Regelungen und Planungssicherheit einsetzen. Ziel muss die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sein.

Transformation und Resilienz unterstützen

Corona-Pandemie, Energie- und geopolitische Krisen zeigen: Die Transformation der Industrie braucht u. a. eine zeitgemäße digitale Verwaltung und digitale Kompetenzen. Zudem ist die Resilienz der Industrie durch Diversifizierung der Branchen und von Wertschöpfungsketten entscheidend, um für künftige Krisen gewappnet zu sein. Das schließt auch die hiesige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ein.

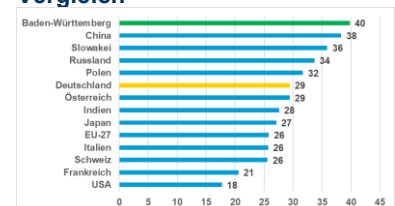
Bürokratische Belastungen

- EU- und Bundesvorgaben 1:1 umsetzen, Abschaffung aller wettbewerbsverzerrenden zusätzlichen Landesregelungen
- Berichts- und Dokumentationspflichten digitalisieren und Once-Only-Prinzip konsequent umsetzen.

Forderungen

- Politik muss für gute Standortbedingungen, Investitionssicherheit und weniger Bürokratie sorgen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie wieder zu verbessern.

Bruttowertschöpfung – Anteil der Industrie im internationalen Vergleich



Quelle: VGRdL | Statistikportal.de

Automobilstandort Baden-Württemberg erhalten

Landesstrategien technologieoffen gestalten

Elektrifizierung und alternative Antriebe, Digitalisierung, autonomes Fahren und Sharing-Modelle sind Transformationstreiber der Automobil- und Zuliefererindustrie. Technologieoffene Strategien bei CO₂-armen Antrieben, alternativen Kraftstoffen und bei Lade- und Betankungsinfrastruktur sind eine Voraussetzung zum Bestehen im Wettbewerb um die Mobilität der Zukunft. Technologien können sich je nach Verkehrsträger unterscheiden. Es gilt Anreizprogramme so auszugestalten, dass sie von der Forschung über den Technologie- und Wissenstransfer bis zur Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten reichen.

Aktivitäten stärker verzahnen und Resilienz fokussieren

Die Landespolitik sollte gleichzeitig ihre Strategien für Innovation und Wasserstoff, sowie Aktivitäten im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft stärker verzahnen und mit entsprechenden Haushaltsmitteln unterlegen. Neben der Bewältigung struktureller Veränderungen müssen Erschließung und Stärkung von Zukunftsbranchen und -feldern mit großen Wachstumschancen aus allen Industriebranchen besonders fokussiert werden, dies stärkt zugleich die Resilienz. Ziel muss ein Spitzenplatz Baden-Württembergs im globalen Standortwettbewerb sein.

Industrie-Akzeptanz und Investitionen fördern

Weiter positives Innovations-Bild vermitteln

Der Wettlauf um Innovationen verschärft sich weltweit. Industrieunternehmen sind und bleiben ein wichtiger Teil der Lösung gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen. Die Entwicklung neuer Leitmärkte gelingt nur mit gesellschaftlicher Aufgeschlossenheit für neue Technologien und einem innovationsfreundlichen Umfeld für alle Bereiche der Wertschöpfung – auch im Hinblick auf resiliente Lieferketten und den Zugang zu strategischen Rohstoffen. Die Landesregierung ist gefordert, für eine höhere Akzeptanz der Industriebelange zu werben. Praxisgerechte Rahmenbedingungen müssen den Unternehmen die Anwendung industrierelevanter Querschnittstechnologien (z. B. Künstliche Intelligenz) erleichtern und die Chancen zur Stärkung ihrer Produktivität erhöhen. Bei der Weiterentwicklung von Angeboten des Landes mit Fokus auf neue Geschäftsmodelle und Dienstleistungen durch Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz sollten kleine und mittelständische Unternehmen besonders adressiert werden.

Attraktivität für ausländische Investitionen erhöhen und Märkte erschließen

Investitionen in Innovationen, Technologie und Qualität sind essenziell für die internationale Marktstellung der baden-württembergischen Industrie. Als stark exportorientierte Branche ist sie auf offene Märkte, aber auch auf ausländisches Kapital angewiesen. Hierfür sind wettbewerbsfähige Standortfaktoren entscheidend.

Neue Handelsabkommen und die Sicherung bestehender Vereinbarungen können die Diversifizierung in der Industrie unterstützen. Zusammen mit der Erschließung neuer Märkte und aufstrebender Wirtschaftsregionen zählt das auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ein. Zudem sichert der Abbau von Handelshemmnissen faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber Importen.

Forderungen

- *Landesstrategien technologieoffen gestalten und Aktivitäten stärker verzahnen, um Transformation, Zukunftsfelder und Resilienz zu fördern.*

Forderungen

- *Industrie- und Technologieskepsis schaden dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Die Landesregierung sollte Impulse setzen, die Investitionen und Akzeptanz fördern.*

Ansprechpartnerin:

Linda Jeromin
Federführung Industrie
linda.jeromin@karlsruhe.ihk.de
0721 174 265

Innovation

braucht mehr Freiraum

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Für Unternehmen in Baden-Württemberg ist es in wenigen Jahren deutlich schwieriger geworden, Ideen in neue Produkte und Dienstleistungen umzusetzen. Transformationsprozesse, geopolitische Spannungen, aber auch weiter steigende bürokratische Anforderungen und fehlendes (Fach-)Personal in vielen Bereichen machen ihnen zu schaffen. Eine IHK-Umfrage zeigt für Baden-Württemberg: Ein Viertel der befragten Unternehmen betreibt keine Forschung und Entwicklung (FuE). Häufigster Grund: „Bürokratie im Innovationsprozess“ (etwa Genehmigungsverfahren oder Datenschutz). Gute Standortfaktoren in Baden-Württemberg, z.B. die hohe FuE-Intensität von 5,6 Prozent (Anteil FuE-Ausgaben am BIP) oder die vielfältige Forschungs- und Transferlandschaft, können nicht mehr ausgleichen, dass die FuE-Rahmenbedingungen hier zunehmend schlechter bewertet werden. Im letzten DIHK-Innovationsreport vergaben die hiesigen Unternehmen nur noch die Schulnote 3,1. 2017 war es noch eine 2,4. Sie brauchen dringend wieder mehr Luft und Kapazitäten für Innovationen. Darum fordert der BWIHK:

- „Förder-Dreiklang“ der Landes-Projektförderung beibehalten
- Innovations-Investitionen stärker über Steuern und Abschreibungen fördern
- Transfermanagerinnen und -manager in der Wissenschaft installieren

Innovationsförderung verstetigen

„Förder-Dreiklang“ in Baden-Württemberg beibehalten

Laut aktueller IHK-Umfrage haben über die Hälfte der FuE-aktiven Unternehmen Förderprogramme für Innovationsprojekte genutzt. Knapp drei Viertel davon hätten diese ohne Förderung gar nicht oder nur teilweise realisiert. Förderung setzt also wichtige Anreize. Deshalb sollte der bewährte „Dreiklang“ der Projektförderung des Landes (Innovationsgutscheine, Invest BW, Digitalisierungsprämie) technologieoffen verstetigt werden, mit deutlichem Ausbau der Digitalisierungsprämie. Der „Beginn auf eigenes Risiko“ sollte Standard für alle Förderprogramme sein, damit Unternehmen nicht zwingend auf eine Bewilligung warten müssen, um starten zu können. Ein kontinuierliches Einreichen von Förderanträgen sollte festen Stichtagen vorgezogen werden.

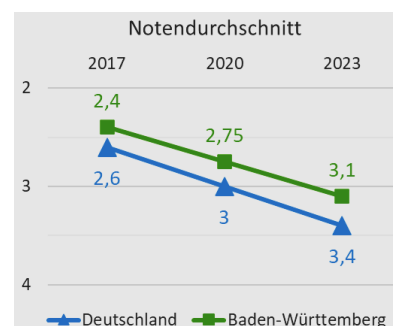
Bürokratische Belastungen

- Förderprogramme sind bei Antragstellung und Abrechnung nach wie vor sehr verschieden. Ein einheitliches digitales Verfahren für alle Programme würde die Nutzung für Unternehmen vereinfachen.

Forderung

- Wachsende Bürokratie bei schrumpfender Fachkräftebasis nimmt Unternehmen zunehmend den Raum für Innovationen. Eine Trendumkehr ist dringend erforderlich!

DIHK-Innovationsreport: Unternehmensbewertung der FuE-Rahmenbedingungen – Schulnoten im Zeitverlauf



Quelle: DIHK-Innovationsreport 2023 und Baden-Württemberg-Auswertung 2024 (eigene Auswertung)

Steuerliche Forschungsförderung forcieren

Unternehmen sollten noch stärker über steuerliche Förderung und Abschreibungen zu Investitionen in Innovation und Digitalisierung ermutigt werden. Ein Positivbeispiel ist die seit 2020 in Deutschland bestehende steuerliche Forschungszulage. Doch laut einer IHK-Umfrage in Baden-Württemberg ist sie nur rund der Hälfte der Unternehmen bekannt. Damit noch mehr Unternehmen profitieren, muss die Landespolitik mithelfen, den Bekanntheitsgrad weiter zu steigern. Zudem sollte sie sich dafür einsetzen, die komplexe Projektförderung durch insgesamt weniger Programme zu vereinfachen und im Gegenzug beim Bund die Ausweitung der steuerlichen Förderung einfordern.

Technologietransfer und Kooperationen stärken

Transfermanagerinnen und -manager (TTM) in der Wissenschaft installieren

Laut einer IHK-Umfrage kooperieren über 75 % der FuE-aktiven Unternehmen bei Innovationsprojekten, besonders mit Lieferanten, Kunden und Hochschulen. Kooperationen werden für Innovationen immer wichtiger. Um Wissenschaft und Wirtschaft enger zu verzahnen, sollten wissenschaftsseitig TTM installiert werden, analog zu den IHK-TTM in der Wirtschaft. Sie sollten Kooperationspotenziale bei Instituten identifizieren und an Unternehmen kommunizieren und transferieren.

Kooperationsanbahnung mit „Kooperations-Coach“ unterstützen

Kooperationen scheitern, weil keine vertragliche Basis gefunden wird, etwa für die Veröffentlichung von Ergebnissen oder für Schutzrechte, z.B. Patente. Analog zum „Patent-Coach“ des Landes mit den IHKs könnte ein neutraler Fachexperte als „Kooperations-Coach“ das Entwickeln einer Vertragsbasis unterstützen, oder auch abtasten, falls die Gegensätze zu groß sind. Beides spart Zeit.

Förderung und Transfer digital unterstützen

Übersicht in der Förder-, Transfer- und Projektlandschaft schaffen

Die Vielfalt der Förder-, Transfer- und Projektlandschaft in Baden-Württemberg bietet Unternehmen viele Potenziale. Gleichzeitig erschwert sie die Orientierung. Eine zentrale Übersicht ist nötig. Es braucht eine neutrale, vom Land gestützte und nicht gewinnorientierte digitale „Metaplatform“, die im Internet „verstreute“ Informationen über Förderprogramme, Transferakteure und Kooperationsprojekte automatisiert bündelt und aktuell hält. Basis könnte die bereits vorhandene Technologietransferlandkarte 2.0 des Landes sein, zusammen mit der KI-Verwaltungsanwendung „F13“.

„One-Stop-Shop“ für Förderprogramme einrichten

Unternehmen müssen Förderprogramme vollständig digital abwickeln können, vom Antrag bis zur Abrechnung. Für alle Landesprogramme sollte es deshalb eine einzige Plattform mit einem einheitlichen Verfahren nach dem „One-Stop-Shop“-Prinzip geben. Dabei könnte das ELSTER-Zertifikat einheitlich für digitale Unterschriften genutzt werden. Denn jedes Unternehmen hat hier bereits einen Zugang und ein Zertifikat als digitale Identität.

Wettbewerbsfähigkeit verbessern

Rahmenbedingungen bei Zukunftsbranchen in den Blick nehmen

Energiespeicherung, Cybersicherheit, Sensorik, Medizintechnik, Produktionstechnologien, Automatisierung und KI – diese Technologiefelder stuft die Mehrheit der Unternehmen in einer aktuellen IHK-Umfrage als zukünftig bedeutsam ein. Das deckt sich mit den „Zukunftsbildern“ der Technologiebeauftragten der Wirtschaftsministerin. Die Landespolitik sollte gerade hier bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen anstreben, da Hebelwirkungen für die Wettbewerbsfähigkeit möglich sind.

Forderung

- Bei Förderprogrammen für Unternehmen sollte der „Beginn auf eigenes Risiko“ Standard sein
- Bewilligungen von Förderanträgen sollten innerhalb von 3 Monaten erfolgen. Andernfalls sollten diese automatisch als bewilligt gelten.

Forderung

- Die Landespolitik sollte sich für eine weniger komplexe Förderlandschaft und eine Ausweitung steuerlicher Anreize einsetzen.

Forderung

- Förderprogramme müssen einfacher nutzbar sein. Es braucht ein einheitliches digitales Standardverfahren für Beantragung, Durchführung und Abrechnung!

Ansprechpartner:

Dr. Stefan Senitz
Federführung Technologie/ Innovation
stefan.senitz@karlsruhe.ihk.de
0721 174 164

Zukunftstechnologien fördern

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Baden-Württemberg kommt bei der Digitalisierung der Wirtschaft und bei digitalen Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz (KI) weiter voran. Laut der DIHK-Digitalisierungsumfrage 2024 setzen mehr als 76 % der befragten hiesigen Unternehmen KI ein oder planen dies. Der Wert liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt in der Umfrage. Fast 80 Prozent sehen ihren Bedarf an schnellem Internet gedeckt – fünf Prozentpunkte mehr als im Deutschland-Mittel. Dennoch erreicht der Digitalisierungsgrad unserer Wirtschaft auf Bundesebene insgesamt nur einen durchschnittlichen Rang. Baden-Württemberg darf daher nicht nachlassen. Die Landespolitik fördert Digitalisierung und insbesondere KI bereits intensiv. Dieses Engagement muss verstärkt werden, um die angestrebte digitale Vorreiterrolle zu erreichen. Hierfür müssen alle Akteure weiter gemeinsam vorangehen.

- KMU gezielt beim Kompetenzaufbau unterstützen, ineffektive Maßnahmen beenden und die Digitalisierungsprämie deutlich aufstocken
- Eine Anbieter- und Kompetenzdatenbank für Cybersicherheit bereitstellen
- Catena-X als Chance begreifen und wesentlich stärker unterstützen

Transferstrukturen weiterentwickeln

Kompetenzaufbau bei KMU weiter unterstützen

Unternehmen sollten weiter unterstützt werden, Potenziale und Trends bei Digitalisierung und KI schnell zu erschließen. Baden-Württemberg fördert dies bereits mit Initiativen wie Digital Hubs, KI-Labs, KI-Exzellenzzentren, Digitallotsen, Allianz Industrie 4.0, Digitalisierungszentrum DIZ oder Quantum BW. Die Unterstützungskulisse sollte kontinuierlich weiterentwickelt werden. Erfolgreiche Formate müssen ausgebaut, weniger wirksame Maßnahmen beendet werden, auch um Ressourcen für neue, zukunftsweisende Initiativen freizusetzen.

Digitalisierungsprämie deutlich aufstocken

Die Digitalisierung entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Um KMU nicht allein zu lassen, sollte das Land die Digitalisierungsprämie wieder aufstocken, z. B.: *Variante Zuschuss*: Investition: mind. 2.500 Euro, keine Obergrenze, Zuschuss: 30 %, maximal 7.500 Euro, *Variante Darlehen*: Investition: 25.000 bis 100.000 Euro, Tilgungszuschuss: 10 %.

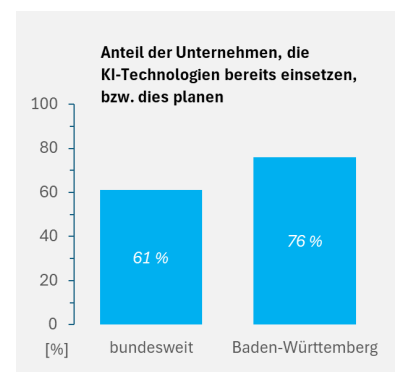
Bürokratische Belastungen

- Eine neutrale Kompetenzdatenbank über Dienstleister und Kompetenzträger erleichtert Unternehmen die Umsetzung von Maßnahmen zur Cybersicherheit.

Forderungen

- KMU müssen noch stärker dabei unterstützt werden, Mehrwerte ihrer eigenen Daten erkennen und nutzen zu können, etwa für neue Geschäftsmodelle

DIHK-Digitalisierungsumfrage



Quelle: DIHK-Digitalisierungsumfrage 2024

Daten gezielt nutzbar machen

Viele Unternehmen tun sich schwer damit, das Potenzial ihrer eigenen Daten zu erkennen und zu nutzen, bspw. für neue digitale Geschäftsmodelle. Initiativen wie das *Smart Data Solution Center BW* (SDSC) bieten hier praktische Unterstützung. Solche Angebote sollten gezielt ausgebaut werden, um Unternehmen noch besser auf dem Weg zur Datenökonomie zu begleiten.

Daten der öffentlichen Hand stärker für Innovationen nutzen

Für digitale Innovationen und KI-basierte Geschäftsmodelle brauchen Unternehmen umfangreiche und geeignete Daten, etwa für Trainings- und Testzwecke. Die öffentliche Hand verfügt über große Datenbestände und sollte diese verstärkt zugänglich machen, beispielsweise durch gezielte Ausschreibungen für Startups. Ein Fokus könnte auf der Bewältigung und dem Abbau von Bürokratie mit Hilfe von KI liegen.

Cybersicherheit forcieren

Cybersicherheitscheck um Anbieter- und Kompetenzdatenbank erweitern

Der Schutz vor Cyberangriffen ist eine der großen Herausforderungen der Digitalisierung. Mit dem Cybersicherheitscheck für KMU (Projekt CyberWuP) hat das Land in Zusammenarbeit mit den IHKs ein niederschwelliges Tool zur Sensibilisierung und unkomplizierten Selbsteinschätzung für KMU entwickelt. Es sollte regelmäßig an den aktuellen „Stand der Technik“ angepasst und gezielt auf die Bedürfnisse von KMU weiterentwickelt werden.

Gerade KMU müssen schnell geeignete Dienstleister und Kompetenzträger finden, nicht erst nach einem Sicherheitsvorfall, sondern auch präventiv. Dafür braucht es eine zentrale, öffentlich zugängliche kostenfreie Anbieter- und Kompetenzdatenbank. Dienstleister und Institutionen sollten sich dort selbst eintragen können, sofern sie bestimmte Qualitätskriterien erfüllen.

Datenökonomie stärker unterstützen

Catena-X als Chance für Automotive und Industrie verstehen

Mit Catena-X, dem weltweit ersten offenen kollaborativen Datenraum für Automotive, sind bereits heute herstellernunabhängige durchgängige digitale Informationsflüsse entlang ganzer Wertschöpfungsketten möglich. Während im Endverbraucher- und Privatkunden-Bereich (B2C) die digitalen Standards der Datenökonomie von den großen Plattformanbietern aus den USA und China dominiert werden, gibt es das im industriellen B2B-Umfeld international noch nicht. Catena-X bietet Baden-Württemberg, Deutschland und Europa die Chance, einen globalen Standard für die industrielle Datenökonomie zu etablieren. Die Potenziale für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Kreislaufwirtschaft sind enorm. Angesichts der tiefgreifenden Transformation im Automobilsektor, die für die Zukunft der Industrie in Baden-Württemberg entscheidend ist, sollte das Land Catena-X deutlich stärker als bislang unterstützen, auch auf politischer Ebene.

KI-LÄND Baden-Württemberg

Vision eines landesweiten KI-Valleys vorantreiben

Digitalisierung und KI sind globale Schlüsseltechnologien. Mit der KI-Allianz, dem Cyber Valley, dem KI-Park IPAI oder den KI-Exzellenzzentren verfügt Baden-Württemberg bereits über Strukturen mit Strahlkraft. Durch ein noch stärkeres gemeinsames Vorangehen sollte deren Auf- und Ausbau weiter beschleunigt werden. Die langfristige Vision sollte sein, Baden-Württemberg zu einem landesweiten KI-Valley zu entwickeln – durch das koordinierte Zusammenwirken aller Akteure. Dabei gilt es, weitere Forschungsinstitute, Startups und Unternehmen gezielt anzusiedeln, um bestehende Hot-Spots auszubauen und letztlich ein „Zusammenwachsen in der Fläche“ zu erreichen.

Forderungen

- Für Cybersicherheit brauchen Unternehmen schnellen Zugriff auf entsprechende Dienstleister und Kompetenzträger, nicht erst nach einem Sicherheitsvorfall, sondern auch präventiv! Es braucht eine zentrale, öffentlich zugängliche und kostenfreie Anbieter- und Kompetenzdatenbank.

Forderungen

- Die große Chance, die Catena-X als Datenökosystem für die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Automobilindustrie bietet, muss genutzt werden. Das Land muss hier viel stärker unterstützen, auch mit Blick auf die Potenziale für weitere Branchen!

Ansprechpartner:

Dr. Stefan Senitz
Federführung Technologie/ Innovation
stefan.senitz@karlsruhe.ihk.de
0721 174 164



Globalisierung im Wandel

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die baden-württembergische Wirtschaft hat außergewöhnliche Erfolge erzielt – nicht zuletzt dank ihrer internationalen Ausrichtung. Allerdings führen insbesondere geopolitische Veränderungen, eine zunehmend wertorientierte Handelspolitik, der Klimawandel und die Digitalisierung zu wachsender Unsicherheit und Komplexität. Dadurch verliert die stark exportorientierte Wirtschaft an Handlungsspielraum und Wettbewerbsfähigkeit.

Für Unternehmen wird sowohl der Import als auch der Export immer komplizierter, sei es wegen verschärfter Zoll- und Exportkontrollregeln, umfangreicher Dokumentations- und Berichtspflichten rund um die Wertschöpfungskette, den Sorgfaltspflichten in der Lieferkette oder der Meldepflichten bei der Mitarbeiterentsendung und der A1-Bescheinigung.

Zudem bremsen weltweite Handelskonflikte und unklare Rahmenbedingungen den Export, erschweren die internationale Arbeitsteilung und behindern Investitionen in zukunftsorientierte Projekte. Baden-württembergische Unternehmen sind hier besonders betroffen, da sie in vielen Branchen global führend sind und auf offene Märkte angewiesen bleiben. Dabei gilt ein Grundsatz: Von freien und fairen Märkten profitieren alle Beteiligten. Deshalb sollte die Landespolitik:

- Eine starke Stimme für die Exportwirtschaft sein
- Klare Botschaften nach Brüssel senden
- Die Effizienz in der Außenwirtschaftsförderung steigern

Eine starke Stimme für die Exportwirtschaft

Effiziente Rahmenbedingungen für den Außenhandel: Exportkontrolle und Zollrecht modernisieren

Geopolitische Veränderungen erfordern effiziente Exportkontrollen und Zollprozesse. Die Landespolitik sollte dies einfordern und unterstützen, indem Zuständigkeiten bei der Marktüberwachung vereinfacht und digitale Verfahren verbessert sowie schnellere Genehmigungen ermöglicht werden, um Unternehmen, besonders KMU, durch unbürokratische Prozesse zu unterstützen. Eine bessere Abstimmung zwischen Landes- und Bundesbehörden kann Doppelerfassungen vermeiden.

Bürokratische Belastungen

- *Komplexe Embargoregelungen und formelle Zollvorschriften*
- *Diverse Meldepflichten bei Entsendungen und A1 Bescheinigung*
- *Umfangreiche Berichtspflichten in der Wertschöpfungskette*

Forderungen

- *Starke Stimme für die Exportwirtschaft*
- *Klare Botschaften nach Brüssel*
- *Effizienz in der Außenwirtschaftsförderung*

Grenzenloses Europa: Hindernisse im Binnenmarkt abbauen und offene Grenzen sichern

Offene Grenzen und der Abbau bürokratischer Hürden im Binnenmarkt sind für die baden-württembergische Wirtschaft wichtig. Grenzkontrollen dürfen Unternehmen nicht behindern. Eine einheitliche, EU-weit verpflichtende, mehrsprachige und digitale Verwaltungslösung, besonders bei Entsendemeldung und A1 Bescheinigung, ist notwendig. Die Landesregierung sollte sich für eine Abschaffung der Pflicht zur Vorabbeantragung der A1-Bescheinigung besonders für kurzfristige und kurzzeitige Geschäftsreisen einsetzen. Dies würde europarechtskonform den mitgliedstaatlichen Wirtschaftsverkehr weiter stärken und Bürokratie abbauen.

Fairer Wettbewerb und rechtssichere Regeln: Investitionsschutz und EU-Recht stärken

Die Landesregierung sollte sich für verlässlichen Investitionsschutz und die konsequente Umsetzung des EU-Rechts einsetzen. Ein multilaterales Investitionsgericht oder eine Investitionsschutzverordnung bieten Unternehmen mehr Rechtssicherheit. Klare, transparente Vorschriften fördern den Binnenmarkt, Investitionen und verhindern Wettbewerbsverzerrungen.

Klare Botschaften nach Brüssel

Freier Handel für globalen Wohlstand: Protektionismus überwinden und faire Handelsregeln stärken

Die Landesregierung sollte sich für offene Märkte und den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse einsetzen. Handelsabkommen mit strategisch wichtigen Partnern wie Mercosur, Mexiko, Indien und Indonesien sollten unterstützt und bestehende Handelsstreitigkeiten abgebaut werden. Zudem ist eine WTO-Reform mit funktionierender Streitbeilegung entscheidend, um faire Handelsregeln durchzusetzen. Die bestehenden Vorschriften müssen vereinfacht werden, für alle gelten und auch im E-Commerce durchgesetzt werden. Baden-Württemberg sollte auf EU-Ebene eine wirtschaftsfreundliche Handelsstrategie fördern und sich für eine stärkere Einbindung von Unternehmen in handelspolitische Entscheidungen einsetzen.

Nachhaltiger und mittelstandsfreundlicher Handel: Lieferketten sichern, Nachbarschaftsbeziehungen vertiefen

Die Landesregierung sollte sich für klare, bürokratiearme Vorgaben bei Lieferketten einsetzen, die auch KMU entlasten und globale Nachhaltigkeitsstandards fördern. Die Verhältnismäßigkeit in Bezug auf das angestrebte Ergebnis sollte gewahrt und Doppelbelastungen vermieden werden. Im europäischen Kontext gilt es, enge Wirtschaftsbeziehungen mit Nachbarstaaten wie der Schweiz und dem Vereinigten Königreich auszubauen, um Versorgungssicherheit zu stärken und mittelständische Betriebe im internationalen Wettbewerb zu unterstützen.

Effizienz in der Außenwirtschaftsförderung

Es sollten keine Parallelstrukturen in der Außenwirtschaft aufgebaut, sondern Synergien genutzt werden und die Visavergabe unternehmensfreundlich gehandhabt werden.

Forderungen

- *Exportkontrolle und Zollrecht fokussieren*
- *Offene Grenzen sichern und Meldepflichten reduzieren*
- *Investitionsschutz und EU-Recht stärken*

Forderungen

- *„Level-playing-field“ sicherstellen auch im E-Commerce*
- *Nachhaltigkeit fördern statt regulieren*
- *Nachbarschaft stärken*

Forderungen

- *Doppelstrukturen in der Außenwirtschaft vermeiden*
- *Visavergabe optimieren*

Ansprechpartner:

Tassilo Zywiets
Federführung International
tassilo.zywiets@stuttgart.ihk.de
0711 2005 1231



Klimaschutz

gemeinsam mit der Wirtschaft erreichen

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die baden-württembergischen Unternehmen bemühen sich, die Forderungen an nachhaltiges Wirtschaften in die Praxis umzusetzen. Sie bekennen sich zu den globalen Zielen zum Schutz des Klimas und des Planeten. Um diese zu erreichen, sind jedoch verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen und unternehmerischer Freiraum erforderlich. Dieser wird durch viel zu viel Bürokratie bedroht. Gleichzeitig müssen sich die Unternehmen infolge von geopolitischen Krisen, Protektionismus und hohen Arbeits- und Energiekosten in einem immer härteren Wettbewerb behaupten. Umwelt- und Klimaschutz kann deshalb nur mit und nicht gegen die Wirtschaft erreicht werden. Deshalb fordern wir von der Landespolitik:

- Realistische Klima-Ziele setzen
- Effizienz als Maßstab verwenden
- Bürokratie abbauen auf allen staatlichen Ebenen

Realistische Klima-Ziele setzen

Zusammenarbeit aller Beteiligten notwendig

Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die Anstrengungen dafür müssen auf allen Ebenen verstärkt werden, wozu alle Akteure beitragen müssen (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Verwaltung, Wissenschaft). Eine Grundlage dafür ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, geprägt von gegenseitigem Verständnis für das Machbare, sowohl technisch als auch wirtschaftlich als auch im Hinblick auf die Akzeptanz. Dies sollte ein wesentliches Ziel der Landesregierung wie auch der Wirtschaft sein.

Klimaneutralität im Land bis 2045 anstreben

Auf Bundesebene wird eine Klimaneutralität bis 2045 angestrebt. Baden-Württemberg will dieses Ziel schon 2040 erreichen. Dies ist leider unrealistisch, da es Milliarden-Investitionen in den Umbau der Wirtschaft, in den Gebäudebestand, auch im privaten Bereich, und vor allem in die Infrastruktur erforderlich macht. Deshalb sollten Bund und Land an einem Strang ziehen und nach Einschätzung des Großteils aller Unternehmen als gemeinsames Ziel das Jahr 2045 anpeilen.

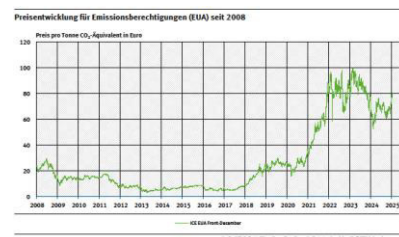
Bürokratische Belastungen

- Zu umfangreiche Nachhaltigkeitsberichterstattungspflichten
- Zu viele ähnliche Berichtspflichten
- Zu viele delegierte Verordnungen

Forderungen

- Klimaneutralität in Übereinstimmung mit dem Bund anstreben.
- Notwendige Amortisationszeiten bei Technologieumstellung berücksichtigen.

Preisentwicklung für Emissionsberechtigungen seit 2008



Quelle: ICE; Refinitiv Eikon, Darstellung Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt),

Effizienz als Maßstab verwenden

CO₂-Einsparung als geeignete Bezugsgröße

Gezielte Investitionsanreize als Anshub für Zukunftstechnologien sollten ein Baustein der Umweltpolitik bleiben. Dabei sollte noch mehr Augenmerk auf den tatsächlichen Output bzw. die Effizienz der geförderten Maßnahmen gelegt werden. In Baden-Württemberg gelingt dies zum Teil schon, wenn z.B. die konkrete Förder-summe anhand der vermiedenen Tonnen an CO₂ berechnet wird. Derartige Ansätze liefern Anreize, um mit den zwangsläufig begrenzten Mitteln mehr zu erreichen.

Umsetzung von Förderprogrammen beschleunigen

Unternehmen beklagen oft, dass es zu lange dauert, bis über eine finanzielle Förderung entschieden ist bzw. diese zur Auszahlung kommt. Deshalb sollten Förderprogramme entschlackt und die Antragstellung sowie die Abrechnung vereinfacht werden. Mit Maßnahmen sollte auf eigenes Risiko begonnen werden können, noch ehe über den Förderantrag entschieden ist. Das Land sollte prüfen, ob die L-Bank (Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank) mehr Personal benötigt oder ihre Abläufe stärker digitalisieren kann.

Ausweitung des EU-Emissionshandels berücksichtigen

Ab dem Jahr 2027 fallen auch die zwei Sektoren Gebäude und Verkehr unter das europäische Treibhausgas-Emissionshandelssystem (ETS-2). Dazu hat der EU-Gesetzgeber Ende 2024 eine starre Obergrenze für zulässige Gesamt-CO₂-Emissionen festgelegt. Dies wird zu einem deutlichen Anstieg der CO₂-Preise führen und die Effizienz-Bemühungen verstärken, aber auch erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen haben. Deshalb sollte der Landesgesetzgeber auf neue ordnungsrechtliche Vorgaben verzichten, die längst nicht so effizient wären.

Bürokratie abbauen auf allen staatlichen Ebenen

Vorbildfunktion des Landes

Fast alle Unternehmen, insbesondere Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KMU), als auch die Verwaltung klagen über ständig steigende Bürokratie. Hier kann das Land gegensteuern, indem neue Vorschriften auf ihre Notwendigkeit hinterfragt oder bestehende Regelungen entschlackt werden, z.B. die sehr kleinteilige Photovoltaik-Pflicht-Verordnung. Gleichzeitig müssen baurechtliche und immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren schneller abgewickelt werden, wie das in jüngster Zeit im Bereich Windkraft gelungen ist.

Einfluss des Landes auf den Bund und die EU verstärken

Baden-Württemberg sollte seine Interessen stärker über den Bundesrat und in Brüssel einbringen. Von größter Bedeutung wäre dabei, dass die Vorschriftenflut auf EU-Ebene eingedämmt wird.

Dies betreffen z.B. die Taxonomie und die Nachhaltigkeitsberichterstattung, zu der Hunderte von Seiten von Standards zusätzlich festgelegt wurden, welche KMU als Zulieferer von größeren Unternehmen völlig überfordern. Ähnliches gilt für Vorschriften wie die Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten, die von Importeuren unter anderem verlangt, Geodaten aus Staaten zu liefern, deren Herausgabe diese jedoch verweigern. Viel zu umfangreich gestalten sich auch neue EU-Verordnungen im Abfallrecht, bei denen jeweils zahlreiche zusätzliche delegierte Verordnungen zu unterschiedlichsten Zeitpunkten angekündigt werden, die nicht mehr überschaubar sind.

Sinnvoll wäre im Zuge der geplanten „Omnibus-Verordnungen“ der EU eine gemeinsame Plattform für alle Meldepflichten, die sich aus den unterschiedlichen Rechtsvorschriften z.B. der EU ergeben, um Doppelarbeiten zu vermeiden.

Forderungen

- Förderprogramme auf ihre Effektivität und Effizienz hinterfragen
- CO₂-Einsparung auf möglichst wirtschaftlichem Weg
- Emissionshandel abfedern

Forderungen

- 1:1-Umsetzung von EU-Recht ohne weitere Verschärfungen
- Rechtstexte stärker an ihrer praktischen Umsetzung ausrichten
- Unternehmen nicht überfordern

Ansprechpartner:

Wilfried Baumann
Federführung Umwelt
wilfried.baumann@freiburg.ihk.de
0761 3858 265



Unternehmertum stärken Freiräume schaffen

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die Unternehmen in Baden-Württemberg stehen vor großen Herausforderungen – geprägt von konjunkturellen Unsicherheiten, geopolitischen Spannungen und tiefgreifenden Transformationsprozessen. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern, brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen, die unternehmerisches Handeln erleichtern. Dazu gehören der konsequente Abbau bürokratischer Hürden, eine Regulierung mit Augenmaß und die Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Darüber hinaus müssen Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen erleichtert sowie Finanzierungs- und Förderinstrumente praxisgerecht weiterentwickelt werden. Nur durch ein wirtschaftsfreundliches Umfeld mit mehr Freiräumen für Innovation und Wachstum kann Baden-Württemberg auch in Zukunft ein starker Standort für Unternehmertum bleiben.

- Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schaffen und Handlungsspielräume eröffnen
- Existenzgründungen erleichtern und Unternehmensnachfolgen sichern
- Unternehmensfinanzierung und -förderung bedarfsgerecht optimieren

Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen schaffen und Handlungsspielräume eröffnen

Bürokratie konsequent abbauen und Verwaltungsprozesse modernisieren

Effiziente Verwaltungsstrukturen und konsequente Digitalisierung sind entscheidend, um den Mittelstand zu entlasten und Wachstum zu fördern. Langwierige Genehmigungsverfahren, übermäßige Berichtspflichten und starre Regulierungen hemmen unternehmerisches Handeln. Auf Landesebene können bereits jetzt Entlastungen durch die Beschleunigung digitaler Verwaltungsprozesse und vereinfachter Antragsverfahren geschaffen werden. Zu viele Vorgaben engen unternehmerische Freiräume ein. Ein wirtschaftsfreundliches Umfeld schafft Planungssicherheit, baut Bürokratie ab und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit.

Unternehmertum stärken und Wertschätzung erhöhen

Unternehmertum sichert wirtschaftlichen Fortschritt und Wohlstand. Politik, Gesellschaft und Wirtschaft müssen gemeinsam daran arbeiten, seine Wertschätzung zu stärken. So gelingt es, künftige Generationen dafür zu begeistern.

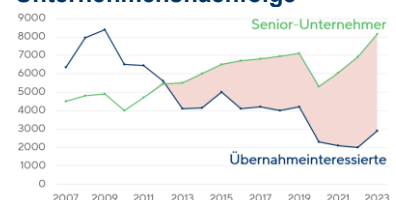
Bürokratische Belastungen

- *Aufwendige, hohe Dokumentationsanforderungen*
- *Komplexe Antrags- und Genehmigungsverfahren*
- *Ineffizienzen in der Zusammenarbeit zwischen Behörden*

Forderungen

- *Masterplan Mittelstand zeitnah umsetzen*
- *Mittelstandsfördergesetz anpassen*
- *Digitale Verwaltungsprozesse zügig vorantreiben*

Teilnahme an Beratungen zur Unternehmensnachfolge



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an DIHK, LBBW Research

Existenzgründungen erleichtern und Unternehmensnachfolgen sichern

Gründungen beschleunigen und Unternehmergeist stärken

Existenzgründungen und Start-ups sind für die wirtschaftliche Zukunft Baden-Württembergs von zentraler Bedeutung. Bürokratische Verfahren müssen vereinfacht und Gründungsprozesse erleichtert werden. Eine zentrale Anlaufstelle, die alle relevanten Gründungsprozesse und Genehmigungen bündelt, reduziert Unsicherheiten und beschleunigt Gründungen sowie Unternehmensnachfolgen. Steuerliche Erleichterungen und der Abbau von Meldepflichten senken die Hürden für Gründer. Die frühzeitige Verankerung von Unternehmertum im Bildungsweg fördert den Unternehmergeist und nachhaltige Nachfolgelösungen.

Unternehmensnachfolgen gezielt unterstützen

Die Unternehmensnachfolge wird insbesondere in Baden-Württemberg durch den demografischen Wandel zunehmend schwieriger. Immer mehr Übergebern stehen immer weniger potenzielle Übernehmer gegenüber. Um die Nachfolgegründung als Alternative zur Neugründung zu stärken sowie die Sensibilisierung für eine frühzeitige Übergabe zu fördern, muss die Unternehmensnachfolge stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Auf Landesebene müssen Anreize für Nachfolgegründungen geschaffen werden. Bestehende Matching-Plattformen sind gezielt auszubauen.

Unternehmensfinanzierung und -förderung bedarfsgerecht optimieren

Förderprogramme evaluieren und zielgerichtet anpassen

Um die Wirksamkeit und Relevanz von Fördermaßnahmen langfristig sicherzustellen, ist eine regelmäßige Evaluierung unerlässlich. Diese sollte sowohl die Anwendbarkeit bestehender Programme als auch deren Ausrichtung auf zukunftsrelevante Themen umfassen. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die Reduzierung der Förderkomplexität durch die Verringerung des administrativen Aufwands. Dies umfasst die Durchgängigkeit der digitalen Antragstellung und Antragsabwicklung sowie die Reduzierung der erforderlichen Nachweise und Informationen. Gleichzeitig sollte die Förderlandschaft durch eine Reduzierung der Anzahl der Programme vereinfacht werden, um Unternehmen eine klarere Orientierung zu bieten.

Wagniskapital mobilisieren und Wachstumsfinanzierung vorantreiben

Die Förderung von Wagniskapital und die Aktivierung von privatem Kapital sind entscheidend, um die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken und den Mittelstand wettbewerbsfähig zu halten. Besonders in der frühen Phase und bei wachstumsstarken Unternehmen besteht ein hoher Finanzierungsbedarf, der häufig nur durch Wagniskapital gedeckt werden kann. Gezielte Anreize wie steuerliche Erleichterungen und flexible Finanzierungsmodelle sollten geschaffen werden, um private Investitionen zu fördern. Der Wagniskapitalmarkt muss weiter ausgebaut und für junge Unternehmen leichter zugänglich gemacht werden.

Gezielte Beratungsförderung – Impuls für nachhaltige Selbsthilfe

Eine gezielte Beratungsförderung ist entscheidend, um Unternehmen in Baden-Württemberg nachhaltig zu unterstützen. Insbesondere in Transformationsphasen benötigen Unternehmen externe Expertise, um ihre Geschäftsprozesse zu optimieren und ihre Geschäftsmodelle anzupassen. Diese Unterstützung hilft eigenständig Lösungen zu entwickeln und nachhaltig umzusetzen. Auch für Übergeber ist eine passgenaue Beratung wichtig, um den Nachfolgeprozess erfolgreich vorzubereiten und umzusetzen.

Forderungen

- Gründung und Nachfolge als Berufsperspektive verankern
- „service-bw“ als Anmelde- und Antragsportal ausbauen
- Nachfolge stärker in den Fokus rücken

Forderungen

- Abbau Förderkomplexität
- Wagniskapital gezielt stärken und Zugang vereinfachen
- Beratungsprogramm für Übergeber schaffen

Ansprechpartnerin:

Christina Nahr-Ettl
Federführung Gewerbeförderung
christina.nahr-ettl@heilbronn.ihk.de
07131 9677 134



EKU

Kleine Unternehmen – große Wirkung

Impulse zur Landtagwahl 2026

Auf einen Blick

Unter Einpersonen- und Kleinstunternehmen (EKU) verstehen die IHKs in Baden-Württemberg primär inhaberinnen- bzw. inhabergeführte Unternehmen, die eine Mitarbeiterzahl von 9 Vollzeitäquivalenten und einen Jahresumsatz von 2 Mio. Euro nicht überschreiten. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gibt es in Baden-Württemberg über 390.000 Kleinstunternehmen. Auch der Masterplan Mittelstand vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg betont, dass Unternehmen mit bis zu fünf Beschäftigte bereits über 60 Prozent der Unternehmen in Baden-Württemberg ausmachen. EKU sind demnach das quantitative Rückgrat der Wirtschaft im Land und sorgen in ihrer Diversität für eine lebendige und flexible Wirtschaft. Darum fordern wir von der zukünftigen Landesregierung für Einpersonen- und Kleinstunternehmen:

- mehr Aufmerksamkeit
- mehr Entlastung
- mehr Förderung

Mehr Aufmerksamkeit – durch Begegnung auf Augenhöhe

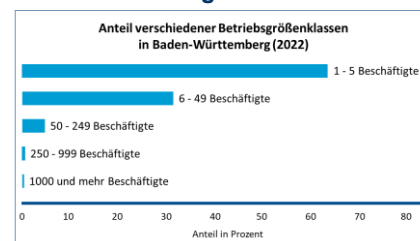
Einpersonen- und Kleinstunternehmen werden bei der politischen Diskussion zu oft außer Acht gelassen. Ein Grund hierfür sind die heterogenen Anforderungen und Interessen dieser Unternehmensgruppe. Wirtschaftspolitisch Handelnden muss bewusst sein, dass sich die Anliegen und organisatorischen Ressourcen der EKU meist stark von denen kleiner und mittlerer Unternehmen sowie großen Betrieben unterscheiden. Daher fordern wir die Landesregierung auf, die Lebensrealitäten von EKU stärker zu berücksichtigen. Der Masterplan Mittelstand sollte daher die Einpersonen- und Kleinstunternehmen stärker fokussieren.

Ein landesweiter EKU-Beirat, bestehend aus Vertretern der EKU aus ganz Baden-Württemberg, kann als Grundlage dienen, um die Belange der EKU stärker zu berücksichtigen und in die politische Diskussion einzubringen. Im Idealfall wird der Beirat durch ein entsprechend ausgestattetes Referat EKU im Wirtschaftsministerium unterstützt.

Forderungen

- *EKU besser im Masterplan Mittelstand berücksichtigen*
- *EKU-Mindset in der politischen Arbeit verankern*
- *EKU-Beteiligung an politischen Prozessen*

Betriebsgrößenklassen in Baden-Württemberg



Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf Masterplan Mittelstand (2024), S.21

Mehr Entlastung – durch konsequenten Abbau von Bürokratie

Der Masterplan Mittelstand bestätigt: Bürokratie belastet den Mittelstand. EKU sollten jedoch nicht im gleichen Maße wie größere Unternehmen von dieser betroffen sein. Die bürokratische Last sollte der Unternehmensgröße angepasst werden. Es gilt zudem „Kaskadeneffekte“ bzw. „Trickle-down-Effekte“ zu vermeiden, damit Vorschriften für Großunternehmen nicht einfach auf EKU übertragen werden können. Bestehende und künftige Landesgesetze sollten daher auf Praxistauglichkeit und Umsetzbarkeit für EKU geprüft werden, um bürokratische Anforderungen auch für kleinste Wirtschaftseinheiten handhabbar zu machen. Damit ist die Forderung verbunden, dass sich die zukünftige Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene für Erleichterungen zugunsten von EKU einsetzt.

Die zukünftige Landesregierung muss stets im Blick behalten, dass in der Konsequenz Bürokratie oftmals „Chefsache“ ist. Vorgaben, die nicht von EKU selbst, sondern nur durch teure Dienstleister realisierbar sind, können ganze Geschäftsmodelle gefährden.

Mehr Förderung – durch gezielte Maßnahmen für EKU

In der aktuellen Legislaturperiode (2021 bis 2026) gibt es im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus keine Förderprogramme, die ausschließlich auf Einpersonen- und Kleinstunternehmen zugeschnitten sind. Dies sollte überdacht werden, da breitgefächerte Förderprogramme, die sich allgemein an den Mittelstand richten, häufig nicht zu den organisatorischen Rahmenbedingungen von EKU passen. Wir empfehlen die Einführung eines EKU-Mikrodarlehen-Programms mit vereinfachten, bürokratiearmen Prozessen, ohne Mindestförderhöhen oder Sicherheiten, sowie einer schnellen Förderzusage, um Planungssicherheit zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund des letzten EKU-Konjunkturberichts für Baden-Württemberg (03/25) erscheint dies umso wichtiger, denn jedes fünfte Kleinstunternehmen plant Investitionskürzungen. Besonders alarmierend ist, dass 32 Prozent der befragten EKU angeben, vorerst gar keine Investitionen mehr tätigen zu wollen bzw. zu können – dies ist der höchste Wert unter allen Unternehmensgrößen in Baden-Württemberg. Ein explizites Investitionsprogramm für EKU könnte diese Unternehmen stärken. Als eine Good-Practice kann hierbei das „NRW.Mikrodarlehen“ gesehen werden.

Forderungen

- *Simplifikation für EKU*
- *„Trickle-down-Effekte“ unterbinden*
- *Einwirkung auf Bundes- und EU-Ebene*

Forderungen

- *Explizites Investitionsprogramm für EKU*
- *Einfache Beantragung*
- *Planungssicherheit schaffen*

Ansprechpartner:

Vincent Schoch
schoch@reutlingen.de
07121 201 167



Berufliche Bildung stärken

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Seit Jahrzehnten ist die berufliche Bildung in Deutschland Garant für qualifizierte Fachkräfte. Zugleich ist sie Vorbild für viele andere Länder. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft mit top-qualifizierten Fachkräften sichern zu können, benötigen die Unternehmen in Baden-Württemberg eine starke berufliche Bildung. Aktuelle Herausforderungen wie die schwächelnde Konjunktur, der demografische Wandel, die Globalisierung, die Digitalisierung und veränderte Bildungswege erfordern mehr denn je eine ganzheitliche und nachhaltige Bildungspolitik. Folgende Handlungsfelder müssen zur Stärkung der Nachwuchsgewinnung für die Wirtschaft von der Landespolitik dringend stärker angegangen werden:

- Ausbildung macht mehr aus uns – neuer Glanz für ein Erfolgsmodell
- Ausbildungsreife und Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen ausbauen
- Berufsschulen und Prüferehrenamt stärken

Ausbildung macht mehr aus uns – neuer Glanz für ein Erfolgsmodell

Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung herstellen

Die Landesregierung muss die duale Ausbildung stärken und als echte Alternative zu Abitur und Studium etablieren. Dazu ist eine bessere Vernetzung von Schulen, Hochschulen und Unternehmen notwendig, um praxisnahe Ausbildungsinhalte zu vermitteln und den Übergang zwischen den Bildungswegen zu erleichtern. Berufliche Abschlüsse und Qualifikationen müssen die gleiche Wertschätzung und Anerkennung wie akademische Abschlüsse erfahren.

Durchlässigkeit im Bildungssystem fördern und Potenziale der Beruflichen Bildung sichtbar machen

Die Durchlässigkeit des Bildungssystems muss bekannter gemacht werden, damit die Höhere Berufsbildung sichtbar wird. Das Kultusministerium muss die Umsetzung von Innovationen in der Berufsbildung an Berufsschulen unterstützen (bspw. moderne ZQs). Berufliche Bildung bietet allen Bewerbern zielgerichtete Karrierewege, unabhängig von ihrer Lebenssituation oder Bildungshistorie. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Berufsschulen und Unternehmen muss intensiviert werden, um praxisnahe und flexible Bildungswege zu schaffen.

Bürokratische Belastungen

- Schlanke Verwaltungsprozesse für die Schulleitungen sicherstellen
- Abbau bürokratischer Belastungen von Ausbildungsbetrieben

Forderungen

- Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung herstellen.
- Durchlässigkeit im Bildungssystem fördern und Potenziale der Beruflichen Bildung sichtbar machen.

DIHK-Ausbildungsumfrage 2024



Quelle: DIHK 2024

Ausbildungsreife und Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen ausbauen

Ausbildungsreife von Schülern sichern – Kompetenzen fördern

Ein verbindlicher Kompetenzrahmen soll sicherstellen, dass Schüler am Ende ihrer Schulzeit über die notwendigen fachlichen, sozialen und methodischen Kompetenzen verfügen, um eine Berufsausbildung erfolgreich zu beginnen. Dieser Rahmen soll klare Standards und Ziele definieren, die regelmäßig überprüft und angepasst werden. Er muss auch Grundlagen in IT- und Medienkompetenz und Demokratiebildung umfassen, um Schüler umfassend auf ihre berufliche und gesellschaftliche Zukunft vorzubereiten. Daneben muss er Kompetenzen im Umgang mit einem sich stetig wandelnden Umfeld in Zeiten der Transformation vermitteln. Ergänzend braucht es eine Reform des Übergangssystems, das jungen Menschen eine passgenaue und individuelle Unterstützung bietet.

Mit mehr Praxiserfahrung zu besserer Berufsorientierung

Schulen sollen praxisorientierte Lernangebote in Zusammenarbeit mit Unternehmen integrieren, darunter Praktika, Projektarbeiten und praxisnahe Unterrichtseinheiten. Eine verbindliche, praxisnahe Berufsorientierung muss in allen Schularten umgesetzt und evaluiert werden. Berufliche und akademische Bildungswege sollen gleichberechtigt vermittelt werden, auch an Gymnasien. Im neunjährigen Gymnasium (G9) soll es ein zusätzliches einwöchiges Praktikum in einem Ausbildungsberuf geben.

MINT-Bereich mit klischeefreier Berufsorientierung stärken und Lehrkräfte qualifizieren

Das Interesse für technische Fächer muss frühzeitig geweckt werden, um dem Fachkräftemangel im MINT-Bereich entgegenzuwirken. Zur Sensibilisierung von Mädchen und jungen Frauen für MINT-Berufe sind klischeefreie Berufsorientierungsmaßnahmen wie z.B. Mentoring-Programme notwendig. Schulen sollten verstärkt mit Unternehmen und Hochschulen kooperieren, um praxisnahe Einblicke in MINT-Berufe zu ermöglichen. Die Qualifikation von Lehrkräften muss an die komplexer werdenden Anforderungen, insbesondere digitale Veränderungen, angepasst werden.

Berufsschulen und Prüferehrenamt stärken

Technisch moderne und flächendeckende berufliche Bildung forcieren und Lehrkräfte qualifizieren

Die Landesregierung muss sicherstellen, dass Berufsschulen personell und sachlich so ausgestattet sind, dass sie die duale Ausbildung professionell unterstützen können. Lehrermangel muss behoben und ortsnahe Berufsschulangebote erhalten bleiben. Schulen sollten flächendeckend und zeitgemäß ausgestattet sowie administrativ-technisch betreut werden. Dabei muss auch der bauliche Zustand der Berufsschulen stärker in den Fokus rücken. Digitale Lernplattformen und Medien müssen verstärkt in den Schulalltag integriert werden. Berufsschullehrer müssen kontinuierlich qualifiziert werden, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden. Vollzeitschulische Bildungsgänge sollten überprüft und gegebenenfalls reduziert werden. Die betriebliche Ausbildung muss Vorrang haben, um Praxisnähe und aktuelle Entwicklungen zu gewährleisten.

Paritätische Besetzung der Prüfungsausschüsse gewährleisten und Prüfungsqualität sicherstellen

Die Sensibilisierung für das Prüferehrenamt bei den IHKs muss verstärkt werden. Es ist sicherzustellen, dass die Prüfungsausschüsse gemäß dem Berufsbildungsgesetz paritätisch besetzt sind. Berufsschulen sollten angehalten werden, Lehrkräfte für die Teilnahme an Prüfungsausschüssen freizustellen und diese Tätigkeit angemessen im Lehrdeputat zu berücksichtigen. Dies fördert die Qualität der Prüfungen und stärkt die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft.

Forderungen

- *Ausbildungsreife von Schülern sichern – Kompetenzen fördern.*
- *Mit mehr Praxiserfahrung zu besserer Berufsorientierung.*
- *MINT-Bereich mit klischeefreier Berufsorientierung stärken und Lehrkräfte qualifizieren.*

Forderungen

- *Technisch moderne und flächendeckende berufliche Bildung forcieren und Lehrkräfte qualifizieren.*
- *Paritätische Besetzung der Prüfungsausschüsse gewährleisten und Prüfungsqualität sicherstellen.*

Ansprechpartnerin:

Andrea Bosch
Federführung Ausbildung
andrea.bosch@stuttgart.ihk.de
0711 2005 1246



Weiterbildung

Kompetenzen gezielt fördern

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Der Fachkräftemangel ist ein zentrales Thema in der Gesellschaft. Um den Auswirkungen des Fachkräftemangels entgegenzuwirken, ist neben einer guten Ausbildung, vor allem auch das Thema Weiterbildung entscheidend. Eine kontinuierliche Weiterbildung während des gesamten Erwerbslebens ist unerlässliche Voraussetzung, um nicht vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden und die Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg zu erhalten.

Zur zukunftsicheren Entwicklung der Weiterbildung in Baden-Württemberg haben die baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern folgende Forderungen an die künftige Landesregierung aufgestellt:

- Digitale Kompetenzen nutzen
- Marke „Höhere Berufsbildung“ stärken
- Standortvorteil und Rechtssicherheit erhalten

Bürokratische Belastungen

- *Aufwendige Nachweispflichten im Rahmen vom Aufstiegs-BAföG*
- *Hohe Zertifizierungsanforderungen*
- *Verwaltung von Teilnehmerdaten und Berichtspflichten*

Digitale Kompetenzen nutzen

Digitalisierung als Chance verstehen

Eine stetige Weiterbildung aufgrund der Digitalisierung ist notwendig, um die daraus resultierenden Herausforderungen bewältigen zu können. Vor allem Erwerbslose laufen Gefahr, durch die zunehmende Digitalisierung, aufgrund fehlender Kompetenzen, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden. Aus diesem Grund müssen gezielte Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Digitalisierung für benachteiligte Gruppen, wie zum Beispiel Erwerbslose und Personen mit Migrationshintergrund, geschaffen werden.

Künstliche Intelligenz (KI) in der Weiterbildung etablieren

Ebenso sollten die Entwicklungen im Bereich KI genutzt werden, um Weiterbildungsangebote effizienter zu gestalten und das Weiterbildungsangebot gezielt weiterzuentwickeln. Mithilfe von KI können individuelle Bedürfnisse und Fähigkeiten von Personen analysiert und dazu maßgeschneiderte Weiterbildungspläne entwickelt werden. Mit interaktiven Lernumgebungen können individuell angepasste Fragen und Diskussionen die Motivation und somit auch das Lernergebnis erhöhen. Ebenso kann KI auch bei der Überwindung von beispielsweise Sprachbarrieren helfen und somit die Inklusion fördern.

Forderungen

- *Weiterbildungsangebote für benachteiligte Gruppen schaffen*
- *KI zur Verbesserung des Angebots und Abbau von Barrieren fördern*

Marke „Höhere Berufsbildung“ etablieren

Weiterbildungsbeteiligung erhöhen

Eine sich immer schneller wandelnde Gesellschaft und die Transformation der Wirtschaft erhöhen die Bedeutung einer kontinuierlichen Weiterbildung von Arbeits- und Fachkräften. Genauso wie sich die Gesellschaft ständig wandelt, verändert sich auch das Arbeitsumfeld stetig und neue Kompetenzen werden benötigt. Aus diesem Grund muss eine kontinuierliche Weiterqualifizierung von Arbeits- und Fachkräften während des gesamten Berufslebens erreicht werden. Auch sollte der Fokus bei Weiterbildungen gezielt auf Geringqualifizierte und auf Beschäftigte in kleineren Unternehmen gerichtet werden, da hier die Weiterbildungsbeteiligungen geringer sind als bei anderen Personengruppen. Es sollte das Ziel sein, explizit Weiterbildungsangebote für unterrepräsentierte Gruppen zu schaffen, um die Diversität in Unternehmen zu erhöhen. Da Diversität am Arbeitsplatz die Arbeitsplatzzufriedenheit fördert und somit indirekt auch zu einer höheren Produktivität in Unternehmen beiträgt.

Höhere Berufsbildung stärken

Die Höhere Berufsbildung, wie zum Beispiel der Bachelor Professional und Master Professional, bietet eine exzellente Alternative zur Hochschulbildung. Es gilt, diese Bildungsabschlüsse sowohl national als auch europaweit stärker zu positionieren und ihre Gleichwertigkeit mit akademischen Qualifikationen sichtbar zu machen. Ziel ist es, die Wertschätzung für die Höhere Berufsbildung zu steigern und ihre Anerkennung zu fördern. Dadurch können wir nicht nur die Attraktivität dieser Bildungswege erhöhen, sondern auch die internationale Mobilität und Wettbewerbsfähigkeit von Fachkräften nachhaltig stärken.

Förderung von Grundkenntnissen

Vor allem bei geringqualifizierten Beschäftigten und bei arbeitslosen Personen herrscht eine geringe Alphabetisierungsquote und es fehlt an Grundkompetenzen, wie Lesen, Schreiben und mathematischem Verständnis. Diese Grundkompetenzen sind jedoch Voraussetzung, um an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen zu können. Aus diesem Grund sollten Vorbereitungskurse zum Abbau von grundlegenden Defiziten weiter gestärkt werden. Den DQR-Qualifikationen vorausgehend sind hierfür Projekte anzustoßen, die verlässliche Grundlagen für den Zugang zu Fortbildungsprofilen schaffen. So können auch benachteiligte Zielgruppen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden, wodurch sowohl die berufliche als auch die gesellschaftliche Teilhabe gestärkt wird.

Standortvorteil und Rechtssicherheit erhalten

Neue Weiterbildungskultur als Standortfaktor nutzen

Nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen tragen im digitalen Wandel dazu bei, die Fähigkeiten für Innovationen und Anpassungen an veränderte Bedingungen zu erhöhen. Geschieht dies flächendeckend, kann sich im internationalen Wettbewerb ein Standortvorteil ergeben. Es gilt, gemeinsam mit der Landespolitik das Verständnis für Qualifizierung und Personalentwicklung als Investition und nicht als reinen Kostenfaktor einzuordnen. Nur so kann sichergestellt werden, dass in wirtschaftlichen Krisen nicht wieder in alte Routinen des Kürzens von Investitionsmitteln für Personalentwicklung und Weiterbildung zurückgefallen wird.

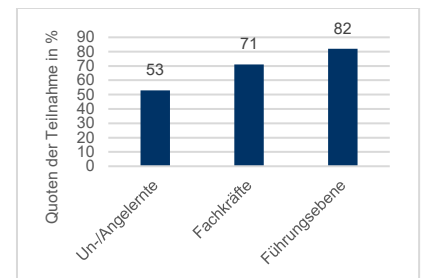
Rechtssicherheit für Beschäftigte in der Erwachsenenbildung schaffen

In Weiterbildungseinrichtungen werden größtenteils freiberufliche Dozenten eingesetzt. Seit dem sogenannten „Herrenberg-Urteil“ vom 28.06.2022 bestehen Unsicherheiten bei der Beschäftigung von Honorarkräften in der Weiterbildung. Zwar wurde nun eine Übergangsregelung beschlossen, die bis Ende 2026 Rechtssicherheit bietet, jedoch ist es notwendig, dass darüber hinaus frühzeitig eine gesetzliche Regelung gefunden wird, unter welcher Dozenten weiterhin als Selbständige beschäftigt werden können.

Forderungen

- Bedeutung von lebenslangem Lernen kommunizieren
- Diversität durch die Stärkung des Weiterbildungsangebots für unterrepräsentierte Gruppen fördern
- Bewusstsein für die Gleichwertigkeit der Höheren Berufsbildung schaffen

Weiterbildungsbeteiligung in Baden-Württemberg



Quelle: Verian (2023): Weiterbildung in Baden-Württemberg 2022

Forderungen

- Wichtigkeit von Personalentwicklung vermitteln
- Rechtsgrundlage für die Beschäftigung von Selbständigen als Dozierende in der Weiterbildung schaffen

Ansprechpartner:

Thorsten Leupold
Federführung Weiterbildung
leupold@reutlingen.ihk.de
07121 201 136



Hochschulpolitik

Transfer, Praxis und Innovation verknüpfen

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die baden-württembergischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtige Partner der Wirtschaft. Die Unternehmen profitieren von exzellenter Forschung, Lehre sowie dem Technologieaustausch und einer ausdifferenzierten Hochschullandschaft. Um die Innovationskraft und die Qualität der Ausbildung akademischer Fachkräfte an den Hochschulen in Baden-Württemberg zu sichern, sind folgende landespolitische Maßnahmen notwendig:

- Akademisch Fachkräfte bedarfsgerecht ausbilden
- Vielfalt erhalten, Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken
- Digitalisierung vorantreiben und Bürokratie abbauen

Forderungen

- *Qualität sichern: Hochschulfinanzierung an Zukunftsaufgaben ausrichten*
- *Allgemeine Studiengebühren für internationale Studierende abschaffen*
- *Mehr MINT-Fachkräfte ausbilden, Abbrecherquoten senken*
- *Ausbildung bedarfsgerecht gestalten*

Akademische Fachkräfte bedarfsgerecht ausbilden

Mehr MINT-Fachkräfte ausbilden und Abbrecherquoten senken

Die baden-württembergische Wirtschaft ist überzeugt, dass die Betriebe auch in Zukunft auf akademische Fachkräfte aus den regionalen Hochschulen angewiesen sein werden. Vor allem die Studienplätze im MINT-Bereich dürfen aufgrund der geringen Anzahl an Studierenden derzeit nicht abgebaut, sondern müssen attraktiver gestaltet werden. Zusätzlich muss die Abbruchquote (zwischen 35 und 50%) im MINT-Bereich gesenkt und mehr weibliche Studierende müssen für den MINT-Bereich gewonnen werden, bspw. durch frühzeitige Berufsorientierung und mehr weibliche Vorbilder.

Qualität sichern: Hochschulfinanzierung an Zukunftsaufgaben ausrichten

Die Qualität und damit die Finanzierung der Hochschulen darf sich nicht zu sehr an Studierendenzahlen orientieren. Stattdessen sollten auch andere Leistungsindikatoren stärker berücksichtigt werden – etwa die Qualität der anwendungsorientierten Forschung, der erfolgreiche Übergang von Absolventinnen und Absolventen in den Arbeitsmarkt sowie die Förderung von Entrepreneurship. Eine Hochschulfinanzierung, die diese Faktoren einbezieht, stärkt die Zukunftsfähigkeit und die Wirtschaft des Standorts Baden-Württemberg nachhaltig.

Allgemeine Studiengebühren für internationale Studierende abschaffen

Seit Einführung der Gebühren ist die Zahl der internationalen Studierenden in Baden-Württemberg gesunken. Gleichzeitig verzeichnete Bayern einen starken Anstieg internationaler Studierender. Dieser Rückgang stellt einen erheblichen Standortnachteil für die regionalen Hochschulen und Unternehmen dar. Internationale Studierende bereichern nicht nur die akademische Landschaft, sondern sind auch potenzielle Fachkräfte. Zudem wählen internationale Studierende auch häufiger MINT-Studienfächer. Zeitgleich muss der Übergang von international Studierenden in den Arbeitsmarkt von den Hochschulen besser begleitet werden, z.B. durch Sprachkurse an Hochschulen.

Vielfalt erhalten, Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken

Regionale Verteilung unterschiedlicher Hochschulen erhalten

Baden-Württemberg verfügt über das vielfältigste und am besten ausgebaute Hochschulsystem Deutschlands. Dazu gehören neun Universitäten, sechs Pädagogische Hochschulen, acht Kunst- und Musikhochschulen, 21 Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sowie die Duale Hochschule (DHBW) mit neun Standorten. Diese regionale Vielfalt unterschiedlicher Hochschulformen stellt einen Standortvorteil dar, den es trotz stagnierender Studierendenzahlen zu erhalten gilt. So können regionale Unternehmen von qualifizierten Fachkräften profitieren und die Wirtschaft wird flächendeckend gestärkt. Zusätzlich wird die Innovationskraft sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum gefördert.

Anwendungsorientierte Forschung und Entrepreneurship fördern

Um die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft der regionalen Wirtschaft zu stärken, ist es essentiell vor allem die anwendungsorientierte Forschung an den Hochschulen stärker zu fördern. Zusätzlich sollte Entrepreneurship und das Thema Unternehmensnachfolge stärker etabliert werden, da bis 2026 in Baden-Württemberg 27.300 Betriebe eine Nachfolge suchen. Für beides müssen die geeigneten finanziellen Ressourcen langfristig bereitgestellt werden.

Mehr Miteinander: Interministerielle Zusammenarbeit ausbauen

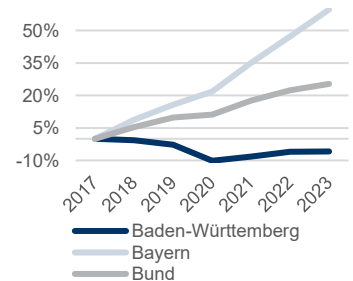
Bereits mit der ressortübergreifenden Kampagne WEITER.mit.BILDUNG@BW haben die Ministerien gezeigt, wie eine interministerielle Zusammenarbeit erfolgreich gestaltet werden kann. Hier gilt es auch in Zukunft anzusetzen und weitere Synergien zu identifizieren, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Nur so können Ressourcen effizient genutzt werden und die Rahmenbedingungen für Innovationskraft und Technologietransfer in Baden-Württemberg gestärkt werden.

Digitalisierung vorantreiben und Bürokratie abbauen

Bürokratische Belastung durch Digitalisierung der Prozesse senken

Mit den acht geförderten Initiativen zur Digitalisierung von Lehre, Forschung und Verwaltung aus dem November 2024 wurden bereits wichtige Maßnahmen ergriffen, darunter auch ein bwGPT für die Hochschullehre. Dennoch besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf, um die Forschung, Lehre und den Technologietransfer effizienter zu gestalten. Ein Ausbau digitaler Verwaltungsstrukturen, etwa durch vereinfachte Anerkennungs- und Förderverfahren für praxisnahe Forschungsprojekte, ist essenziell, um die Hochschulen zu entlasten und Raum für innovative Projekte und exzellente Lehre zu schaffen.

Entwicklung internationaler Studierender (in %) mit jeweils dem Basiswert aus dem WS 2017/18 im Vergleich (Bundesgebiet, Bayern, Baden-Württemberg)



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes zu Studierenden aus dem Ausland in den WS 2017/18-2023/24.

Forderungen

- Regionale Verteilung unterschiedlicher Hochschulen muss erhalten bleiben
- Anwendungsorientierte Forschung und Entrepreneurship fördern
- Mehr Miteinander: Interministerielle Zusammenarbeit ausbauen

Forderungen

- Bürokratische Belastung durch Digitalisierung der Prozesse senken

Ansprechpartnerin:

Dr. Anne Niederfeld
Federführung Hochschulpolitik
niederfeld@reutlingen.ihk.de
07121 201 168



Fachkräfte

gewinnen und binden

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Der Fachkräftemangel stellt Unternehmen laut aktueller IHK-Konjunkturumfragen weiter vor erhebliche Herausforderungen. Mehr als die Hälfte der teilnehmenden Unternehmen gab im Herbst 2024 an, offene Stellen nicht besetzen zu können. In vielen Branchen bleibt der Fachkräftemangel trotz konjunktureller und struktureller Schwächen ein großes Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Der demografisch bedingte Rückgang des Arbeitskräftepotenzials kann auch künftig nur teilweise durch Produktivitätssteigerungen, zum Beispiel durch Digitalisierung oder den Einsatz von KI, aufgefangen werden. Neben der Stärkung der beruflichen Bildung (siehe Aus- und Weiterbildung) muss die Landesregierung daher folgende Maßnahmen unterstützen:

- Fachkräftepotenziale im Inland erschließen
- Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung erleichtern und ausweiten

Fachkräftepotenziale im Inland erschließen

Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen

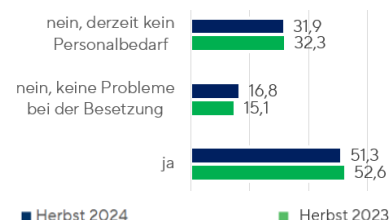
Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Eltern kleiner Kinder und von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen bietet erhebliche Potenziale. Insbesondere Frauen arbeiten oft in Teilzeit oder überhaupt nicht, obwohl sie mehr arbeiten wollen. Mehr Teilhabe am Arbeitsmarkt kann nur gelingen, wenn verlässliche bedarfsgerechte Betreuungsangebote die Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie ermöglichen.

Verlässliche und bedarfsgerechte Kinderbetreuung sicherstellen

Wichtig ist eine gute und verlässliche Ganztagsbetreuung – auch nach dem Übergang der Kinder von der Kita in die Schule – und die Abdeckung der Rand- und Ferienzeiten. Gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen müssen Eltern ermöglichen, den passenden Betreuungsplatz zu finden und auch bezahlen zu können. Nötig sind weitere Anstrengungen bei der Gewinnung von Fachkräften, um Betreuungsmöglichkeiten auszubauen und die Verlässlichkeit der Angebote sicherzustellen. Bürokratische Hürden und Dokumentationspflichten bei Einrichtung und Betrieb von Kindertagesstätten sollten kritisch beleuchtet und – wo möglich – abgebaut werden.

Personalbedarf größer als Angebot

IHK-Konjunkturumfrage: „Können Sie in Ihrem Unternehmen derzeit offene Stellen nicht besetzen, weil Sie die passenden Fachkräfte nicht finden?“



in Prozent, IHK-Konjunkturumfrage BW

Forderungen

- Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen
- Verlässliche und bedarfsgerechte Kinderbetreuung sicherstellen

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessern

Angesichts der alternden Gesellschaft wird die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für immer mehr Beschäftigte zu einer Herausforderung. Unternehmen unterstützen bereits mit zahlreichen Maßnahmen die Beschäftigten und die IHKs beraten hierzu. Unabdingbar ist ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für pflegebedürftige Menschen sowie an Pflegefachkräften, die auch bei der häuslichen Pflege unterstützen. Gesetzliche Regelungen zur Pflege von Angehörigen dürfen zudem nicht zu bürokratischen und finanziellen Lasten für die Wirtschaft führen.

Ältere länger im Arbeitsmarkt halten

Damit Ältere länger erwerbstätig bleiben können, sollte betriebliche Gesundheitsförderung unbürokratisch – etwa durch kostenlose Beratungsangebote – unterstützt und die Freiwilligkeit der Leistungen erhalten werden. Entscheidend ist, dass das Land sich dafür stark macht, Übergänge in die Rente weiter zu flexibilisieren und Anreize zu einem längeren Verbleib im Arbeitsleben zu setzen.

Wohnraum und attraktive Standortbedingungen fördern

Knapper und insbesondere in den Ballungsgebieten teurer Wohnraum erschwert den Zuzug von Fachkräften. Deshalb sind schnelle und unbürokratische Genehmigungsverfahren, leichter und kostengünstiger umsetzbare Standards beim Bauen, die Schaffung und Förderung von bezahlbarem Wohnraum – auch für Studierende und Auszubildende – sowie ein flächendeckend attraktiver ÖPNV unverzichtbar.

Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung erleichtern

Bürokratie bei Fachkräfteeinwanderung abbauen

Die Regelungen der Fachkräfteeinwanderung sind hochkomplex und für Fachkräfte, Unternehmen, aber auch beteiligte Behörden schwer zu durchschauen und umzusetzen. Die Verfahren müssen schneller, schlanker, transparenter und digitaler werden. Hierauf sollte das Land Baden-Württemberg auch auf Bundesebene hinwirken.

Leistungsfähigkeit der Ausländerbehörden erhöhen und Synergien ausschöpfen

Die unteren Ausländerbehörden und die neue Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften (LZF) sind entscheidend für die Fachkräftegewinnung aus dem Ausland und damit wichtige Standortfaktoren. Sie müssen finanziell, personell und digital so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben schnell und effizient erfüllen können. Die LZF muss sich ihrer Rolle und Verantwortlichkeiten bewusst sein, um Synergien im Schulterschluss mit den unteren Ausländerbehörden optimal auszuschöpfen. Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit der Ausländerbehörden ausgebaut werden.

Integration von Zugewanderten und Geflüchteten in den Arbeitsmarkt fördern

Mit Welcome Centern und „Kümmerern“ des Projekts „Integration durch Ausbildung – Perspektiven für Zugewanderte“ bestehen erfolgreiche Strukturen, die zu einer nachhaltigen Integration Zugewandener und Geflüchteter in Arbeitsmarkt und Gesellschaft beitragen. Die Landesregierung ist aufgefordert, geeignete Unterstützungsstrukturen zu verstetigen.

Forderungen

- Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessern
- Ältere länger im Arbeitsmarkt halten
- Wohnraum und attraktive Standortbedingungen fördern

Forderungen

- Bürokratie bei Fachkräfteeinwanderung abbauen
- Leistungsfähigkeit der Ausländerbehörden erhöhen und Synergien ausschöpfen
- Integration von Zugewanderten und Geflüchteten in den Arbeitsmarkt fördern

IHK-Konjunkturumfrage: „Wie sollten die Rahmenbedingungen verändert werden, um Ihrem Unternehmen bei der Fachkräftesicherung zu helfen?“



in Prozent, IHK-Konjunkturumfrage BW

Ansprechpartnerin:

Isabell Wehinger

Isabell.wehinger@stuttgart.ihk.de

0711 2005 1412

Energieversorgung

sicher und bezahlbar

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die Energieversorgung in Baden-Württemberg steht vor großen Herausforderungen. Gegenwärtig sieht die Wirtschaft in Baden-Württemberg mehr Risiken als Chancen für die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende. Gerade mit Blick auf den Wirtschaftsstandort BW mit seiner starken Industrie ist das besorgniserregend. Das Großprojekt Energiewende ist daher von der Politik so transparent zu managen, dass alle Beteiligten die Fortschritte sehen und die Zielerreichung durch Soll-Ist-Vergleiche sichergestellt wird. Wichtig ist zudem, dass im zentralen Zieldreieck der Energieversorgung Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit gleichgewichtet verfolgt werden. Es braucht klare Maßnahmen, die den Wirtschaftsstandort stärken, Unternehmen entlasten und wieder für Planbarkeit in der Wirtschaft sorgen.

- **Sichere Energieversorgung:** Bedarfsgerechter Ausbau aller Netzebenen, Ausbau erneuerbarer Energien, moderner Speicher und smarter Netze.
- **Wettbewerbsfähige Energiepreise:** Reform von Abgaben und Umlagen, Entlastung von Unternehmen.
- **Offenheit für Innovationen:** Forschung in der gesamten Energiewertschöpfung. Förderung von CO₂-Abscheidung und -Nutzung als Schlüsseltechnologien.

Ausbau der Energieinfrastruktur vorantreiben

Neubau von Kraftwerken zur Netzstabilisierung

Eine gute dezentrale Energieversorgung ist ein Standortvorteil. Die Transformation von konventionellen Kraftwerken hin zu dezentralen Kraftwerkstrukturen ist daher in Baden-Württemberg mit wirtschaftlich starken ländlichen Räumen zu fördern. Hierfür müssen nachhaltige Investitionsanreize gesetzt werden. Weitere Energiequellen, etwa Biomasseanlagen, sollten dort zugebaut werden, wo dies wirtschaftlich sinnvoll ist. Vor dem Hintergrund notwendiger Energieversorgungssicherheit sollten Kraftwerkskapazitäten nur dann abgeschaltet werden, wenn andere (wetterunabhängige) Leistung gesichert zur Verfügung steht.

Bürokratische Belastungen

- Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- Vereinfachung von Bauvorschriften
- Entlastung von Unternehmen durch Vereinfachung von Melde- und Nachweispflichten.

Energiewendebarmeter 2024

Was sind die größten Hindernisse bei Ihrer Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz?



Quelle: BWHK Energiewendebarmeter 2024

Netzausbau und intelligente Steuerung der Energieflüsse

Die Landesregierung muss den bedarfsgerechten Ausbau des Stromnetzes auf allen Ebenen beschleunigen und Smart-Grid-Technologien integrieren, um Erzeugung und Verbrauch effizient zu steuern. Dies erfordert Investitionen in digitale Infrastrukturen, die eine flexiblere und bedarfsgerechte Energieversorgung ermöglichen. Energiesysteme müssen ganzheitlich gedacht werden. Der Netzausbau muss mit einer zeitlichen Verbindlichkeit versehen werden, um Planungssicherheit zu garantieren. Zusätzlich sollte die Verbindlichkeit des Netzausbaus gesteigert werden, um Wartezeiten zu verkürzen.

Ausbau erneuerbarer Energien und moderner Speichertechnologien

Die Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit erfordern einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie. Hierfür müssen attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen geschaffen werden. Um Schwankungen auszugleichen, sind gleichzeitig innovative Speicherlösungen wie Batteriespeicher oder Wasserstoffspeicher zu fördern. Dies sichert eine stabile Energieversorgung und trägt zur Reduktion von CO₂-Emissionen bei. Genehmigungsbehörden sollte ausreichend Kapazitäten zugeordnet werden.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der Energiepreise

Reform energiepreisbestimmender Abgaben und Umlagen

Die hohen Energiekosten sind eine Belastung für die Wirtschaft und schränken deren internationale Wettbewerbsfähigkeit ein. Für eine dauerhafte Senkung der Strompreise muss primär das Angebot massiv ausgebaut werden. Vor allem staatliche Abgaben und Umlagen sowie System- und Netzkosten belasten die Strompreise für die Wirtschaft. Maßnahmen wären insbesondere die Absenkung der Stromsteuer für alle Branchen auf das europäische Mindestmaß und die Übernahme weiterer Umlagen in den Bundeshaushalt. Die Landesregierung sollte sich beim Bund dafür einsetzen. Auch sollte sich die Landesregierung für die Beibehaltung einer einheitlichen Stromgebotzone stark machen.

Offenheit für Innovationen

Forschung und Zusammenarbeit fördern

Baden-Württemberg muss seine Spitzenstellung als Energieforschungsstandort ausbauen. Vor allem bei Speicher- und Wasserstofftechnologien und deren Systembindung sowie bei intelligenten Energienetzen und der Sektorkopplung. Die Markteinführung sollte besser begleitet werden, damit sich Unternehmen wieder vermehrt in Deutschland und gegebenenfalls in Baden-Württemberg ansiedeln. Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sollten verstärkt gefördert werden, um technologische Innovation voranzutreiben.

CCS/CCU: Pilotprojekte und rechtliche Grundlagen schaffen

Die Einführung von Pilotprojekten zu CCS und CCU zur CO₂-Abscheidung und -Nutzung ist ein wichtiger Schritt zur Entwicklung und Anwendung dieser Technologien in Baden-Württemberg. Ein klarer rechtlicher Rahmen sowie finanzielle Förderung sind nach ganz überwiegender Meinung der Unternehmen notwendig, um diese Projekte zu unterstützen und ihre Ergebnisse schnell in die Praxis umzusetzen.

Forderungen

- *Bedarfsgerechter Ausbau aller Netzebenen inkl. Kraftwerke, erneuerbarer Energien, moderner Speicher und smarter Netze vorantreiben.*

Forderungen

- *Reform energiepreisbestimmender Abgaben und Umlagen zur Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise im internationalen Vergleich.*

Forderungen

- *Technologische Offenheit und Förderung von z.B. CCS/CCU-Projekten zur langfristigen Reduktion von CO₂-Emissionen.*

Ansprechpartner:
Peter Nikolas Köber
Federführung Energie
koeber@ulm.ihk.de
0731 173 203

Wasserstoff

Markthochlauf beschleunigen

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs erfordert einen erfolgreichen Wasserstoffmarkthochlauf. Dieser Erfolg ist gegeben, wenn alle nachfragenden Sektoren einen rechtzeitigen, bedarfsdeckenden Zugang zu Wasserstoff und seinen Derivaten zu international wettbewerbsfähigen Preisen haben. Trotz hoher Dynamik und vieler Weichenstellungen auf politischer Ebene stockt der Markthochlauf. Hierzu erfordert es neue tiefergehende Impulse zur direkten Umsetzung durch eine neue Landesregierung:

- Politisches Bekenntnis zum Wasserstoffmarkthochlauf mit Maßnahmen begleiten
- Technologieoffenheit ausgestalten, ganzheitlichen Infrastrukturausbau planen, alle Beschaffungsoptionen ausschöpfen
- Markthinderliche Regulatorik angehen, Wertschöpfungsketten fördern

Politisches Bekenntnis zum Markthochlauf

Wasserstoff als Standortfaktor forcieren

Die baden-württembergische Wirtschaft bekennt sich zum Klimaschutz und der einhergehenden, notwendigen Transformation. Wasserstoff und seine Derivate werden in vielen Sektoren alternativlos sein, um Emissionen zu reduzieren. Es ist zwingend notwendig, dass sich die Politik kontinuierlich zum Wasserstoffmarkthochlauf bekennt und dessen Erfolg im Kontext der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit für unsere Unternehmen priorisiert.

Monitoring und Kommunikation ausbauen

Der Wasserstoffmarkthochlauf ist von hoher Dynamik geprägt. Es entsteht aktuell ein Markt, der sowohl auf Angebots- als auch Nachfrageseite noch viele unbekannte Faktoren enthält, die kontinuierlich evaluiert und nachjustiert werden müssen. Unternehmerische Entscheidungen erfordern Planungssicherheit und transparente Kommunikation. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Landesregierung den Stand des Markthochlaufs in puncto Infrastrukturausbau, Verfügbarkeit, Regulatorik, Preisbildung monitort und öffentlich, transparent kommuniziert, um unternehmerische Entscheidungsfindungen bei der Transformation mit den notwendigen Informationen zu unterstützen.

Bürokratische Belastungen

- Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Bereich Produktion (Wasserstoff)
- Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Bereich Produktion (Erneuerbare Energien)

Forderungen

- Wasserstoff als Teilgebiet der Energiewirtschaft sollte in das Wirtschaftsressort der kommenden Landesregierung
- Der Wasserstoffmarkthochlauf sollte in einem permanenten Monitoring von der Landesregierung evaluiert und öffentlich kommuniziert werden

Wasserstoffbedarfsentwicklung in Baden-Württemberg



Quelle: Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung Baden-Württemberg (Dezember 2023)

Strategische Handlungsfelder für den Wasserstoffmarkthochlauf in Baden-Württemberg

Sektorenübergreifende Nutzung ohne ideologische Farbenlehre ermöglichen, CC(U)S-Technologien beleben

Langfristiges Ziel ist eine wettbewerbsfähige, bedarfsdeckende Marktverfügbarkeit von CO₂-neutralem („grünem“) Wasserstoff und seinen Derivaten in allen nachfragenden Sektoren. In der Anfangsphase des Markthochlaufs dürfen jedoch keine Hürden durch Vorabausschlüsse entstehen. Ein Großteil der Wirtschaft befürwortet im Sinne der Versorgungssicherheit und Marktskalierung, dass die Nachfrage Übergangsweise mit konventionell bzw. CO₂-arm erzeugtem Wasserstoff gedeckt werden kann. Der Rahmen für CO₂-armen Wasserstoff und die dafür dringend benötigten CC(U)S-Technologien sollte zügig geschaffen werden.

Infrastrukturausbau: Ganzheitliche Netzentwicklung planen und Investitionsanreize schaffen

Eine bedarfsgerechte Wasserstoffinfrastruktur erfordert eine ganzheitliche Planung – unter Einbeziehung der Nachbarregionen im In- und Ausland. Dazu zählen: Der Anschluss an den European Hydrogen Backbone, die Ausweitung der Fernleitungsnetzplanung über das Kernnetz hinaus, die Verzahnung der Planung auf Verteilnetzebene mit der Wärmeplanung und den höheren Ebenen, eine Speicherstrategie und die H₂-ready-Ertüchtigung von Hafenanlagen. Eigenproduktionskapazitäten sind eng mit dem Stromnetzausbau und der EE-Anlagenplanung zu verknüpfen. H₂-ready Gaskraftwerke sind als zentrale Ankerkunden für Leitungsinfrastrukturprojekte einzubeziehen, ebenso die CO₂-Leitungsinfrastruktur. Auf Bundesebene muss sich das Land für attraktive Investitionsschemata einsetzen. Kostenentwicklungen für Abnahme, Netzentgelte und Anschlussgebühren sollten durch Studien erhoben und transparent kommuniziert werden.

Verfügbarkeitsoptionen: Sämtliche Import- und Eigenproduktionsmöglichkeiten ausschöpfen

Baden-Württemberg ist und bleibt langfristig Wasserstoffimportland mit begrenzten Eigenproduktionskapazitäten. Das Land sollte sich eigenständig über Energiepartnerschaften und gemeinsam mit Energieversorgern für diversifizierte Importe einsetzen. Gleichzeitig sind Erzeugungskapazitäten vor Ort anzustreben. Diese können sowohl der Versorgungssicherheit für weiße Flecken in der leitungsgebundenen Wasserstoffversorgung als auch als systemdienliche Flexibilisierungsoption zur Netzstabilisierung dienen.

Regulatorik: Einsatz für Abbau und Verhinderung regulatorischer Hürden

Verbindliche Regelungen schaffen Planungs- und Investitionssicherheit für die Transformation der Unternehmen. Dabei dürfen sie jedoch weder bremsen noch Wettbewerbsnachteile verursachen. Die Landesregierung sollte im Dialog mit relevanten Marktteilnehmern hemmende Regulatorik abbauen bzw. deren Anpassung vorantreiben und ausstehende Regulatorik frühzeitig konsultieren. In der Markthochlaufphase bedarf es einer flexiblen Herangehensweise, die auf kontinuierlicher Evaluierung und Marktrückmeldungen basiert.

Wertschöpfungsketten: Vereinfachung und Ausweitung von Investitionsanreizen

Baden-Württemberg muss von Beginn an am Wasserstoffmarkthochlauf beteiligt sein. Um Potentiale entlang der gesamten Wertschöpfungsketten zu heben, sind Investitionsanreize unerlässlich. Förderprogramme sollten sowohl die Produktions- als auch Abnahmeseite (Offtake) unterstützen. Der sektorenübergreifende Einsatz von Technologien ist in die Praxis zu bringen. EU- und Bundesfördermittel sind für den Südwesten zu sichern, Landesprogramme auszubauen. Fördermittelanträge müssen insbesondere für den innovativen Mittelstand zugänglich sein, um frühzeitig global wettbewerbsfähig zu werden.

Forderungen

- Ideologiefreie Farbenlehre
- Einsatz der Landesregierung für die CC(U)S-ermöglichende Regulatorik im Bund

Forderungen

- Beteiligung an Infrastrukturprojekten (IPCEI)
- Einsatz für verbesserte Investitionsbedingungen im Bund sowie für den Bau von H₂-ready-Kraftwerken in BW
- Studie über die Entwicklung von Endabnahmekosten (Preis, Netzentgelte, Baukostenzuschüsse)

Forderungen

- Schließung von verbindlichen Energiepartnerschaften zum Import von Wasserstoff
- Beteiligung an Mechanismen zur Setzung von Marktsignalen und Abnahme (z.B. Auktionen der H₂ Global Stiftung)

Forderung

- Einsatz auf EU- & Bundesebene für marktfördernde Regulatorik
- Kontinuierlicher Austausch mit den Marktakteuren für Evaluierungen von Regulatorik (Speichergesetze, KSpG)

Forderung

- Vereinfachung von Ausweitung von Förderprogrammen zur Entwicklung von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologien; auch durch Digitalisierung
- Produktions- und Offtakeseite fördern

Ansprechpartner:

Jan-Hendrik Maletz
Task Force Wasserstoff
jan-hendrik.maletz@bw.ihk.de
0711 22 55 00 67



Wohnbau

als entscheidender Standortfaktor

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die prekäre Lage auf dem Wohnungsmarkt erschwert es Unternehmen, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, was wiederum den Fachkräftemangel, besonders in Ballungsräumen, weiter verschärfen könnte. Und das bei einem heute schon prognostizierten Fachkräftemangel bis 2035 von rund 900.000 Personen.

Die Wohnungsbau- und Immobilienbranche ist wichtig für die gesellschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum. Sie steht vor der Aufgabe, bezahlbaren, nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Wohnraum zu schaffen, um den Bedarfen und wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Um dies zu gewährleisten, benötigen die Unternehmen daher stabile politische Rahmenbedingungen, um langfristig zu planen und Investitionen zu tätigen:

- Abbau von bürokratischen Hürden und Digitalisierung der Bauverwaltung.
- Attraktive Anreize, um Kapital für den Wohnungsbau zu mobilisieren.
- Planungs- und Genehmigungsverfahren optimieren.
- Finanzstabilität und steuerliche Anreize sichern.
- Förderbedingungen verlässlich gestalten.

Bürokratische Belastungen

- Komplexe Vorschriften und Normen
- Langwierige Genehmigungsverfahren
- Aufwendige Nachweispflichten
- Komplexe Flächenbereitstellung und Umwidmung

Wohnen für Mitarbeitende

Unternehmer können als Unterstützer zur Reduzierung des Wohnraummangels dienen, wenn die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu muss die Landesregierung u.a. die Digitalisierung der Bauverwaltung weiter vorantreiben, um Genehmigungsverfahren effizienter zu gestalten. Die Förderung innovativer Bauweisen sollte intensiviert werden, um bezahlbaren Wohnraum schneller bereitzustellen. Bestehende Initiativen zur Umwandlung ungenutzter Büroflächen in Wohnraum sollten ausgebaut werden, um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Zudem sollte die Landesregierung bestehende Förderprogramme zur Schaffung von Mitarbeiterwohnungen verstetigen. Die Bereitstellung zinsgünstiger Kredite hat sich bereits als wirksames Instrument erwiesen und sollte weiterhin gesichert werden. Ergänzend dazu sind weitergehende steuerliche Anreize erforderlich, um Investitionen in Mitarbeiterwohnungen gezielt zu fördern. Die Steuerschädlichkeit des Werkwohnungsbaus bei Unternehmensübertragungen muss beseitigt werden, um Investitionen attraktiver zu machen.

Forderungen

- Digitalisierung der Bauverwaltung über alle Verwaltungsebenen hinweg einheitlich
- Förderung innovativer Bauweisen intensivieren
- Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Planbare und verlässliche Investitionsvoraussetzungen für Kapitalanleger und Eigennutzer
- Verlängerung der degressiven Abschreibung über 2029 hinaus

Abbau von bürokratischen Hürden

Zunehmende Komplexität

Bei jeder Regulierung muss das Ziel sein, die Komplexität zu reduzieren und Vorgaben auf den (sicherheits-)notwendigen Bereich zu beschränken. Der bestehende Wohnungsmangel wird nicht zuletzt durch die vorhandene Komplexität von Vorschriften verschärft. Die bestehenden Regelwerke reichen an vielen Stellen über das für die Bauwerksicherheit Notwendige hinaus (z.B. Brandschutz).

Regelungsdruck reduzieren

Um den Regelungsdruck zu reduzieren und eine Balance zwischen Sicherheit und Effizienz herzustellen, schlagen die baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern daher vor, technische Anforderungen auf grundlegende Sicherheitsaspekte zu beschränken. Beispielsweise könnten harmonisierte EU-Normen stärker genutzt und zusätzliche nationale Anforderungen reduziert werden.

Zudem halten wir eine Einführung flexiblerer Nachweisverfahren, wie vereinfachte Verfahren für kleinere oder standardisierte Bauprojekte, für sinnvoll. Umfangreiche Dokumentationen für die Baubranche sollten durch eine klarere Gliederung und eine stärkere Konzentration auf praxisrelevante Regelungen vereinfacht werden. Der rechtliche Rahmen sollte die Anwendung neuer Technologien, wie z.B. modularer Bauweise oder 3D-Druck, erleichtern und nicht durch überregulierte Nachweisverfahren behindern.

Reform der LBO: Schritt in die richtige Richtung

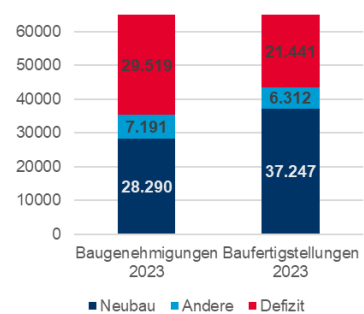
Die Reform der Landesbauordnung wird von der Wirtschaft grundsätzlich begrüßt. Maßnahmen wie die Einführung von Typengenehmigungen, Genehmigungsfiktion und die Standardisierung von Bauprozessen versprechen eine Effizienzsteigerung und Beschleunigung. Allerdings äußern die Unternehmen Bedenken hinsichtlich der praktischen Umsetzung, insbesondere bei der Aufrechterhaltung der Qualitätssicherung in den Bauämtern. Auch die Digitalisierung der Bauverfahren wird als zentrales Thema betrachtet. Während technische Systeme vorhanden sind, müssen die Prozesse in den Behörden angepasst und Schulungen durchgeführt werden.

Die Wirtschaft erkennt an, dass die Reform ein erster Schritt ist, fordert jedoch weitere Maßnahmen, um die drängenden Herausforderungen wie steigende Baukosten und verschärfte Klimaschutzvorgaben zu bewältigen. Sie benötigen eine klare Balance zwischen Sicherheit und Flexibilität sowie eine konsequente Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Eine erfolgreiche Reform erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft, um bürokratische Hürden abzubauen und Innovationen zu fördern.

Forderungen

- Komplexität reduzieren
- technische Vorgaben auf den (sicherheits-)notwendigen Bereich beschränken
- stärkere Nutzung harmonisierter EU-Normen, zusätzliche nationale Anforderungen reduzieren
- flexiblere Nachweisverfahren
- keine überregulierte Nachweisführungen
- Überprüfung und Anpassung bestehender (DIN)-Normen auf ihre Zweckmäßigkeit
- Prüfung der tatsächlichen Wirkung von Novellierungen
- Qualitätssicherung in den Bauämtern aufrechterhalten

Wohnungsbedarf in Baden-Württemberg



Quelle: StaLa Baden-Württemberg; Studie Wohnraum-Allianz Baden-Württemberg

Ansprechpartner:

Sarah Wörz
Federführung Bauen/ Wohnen
woerz@ostwuerttemberg.ihk.de
07321 324 128



Zukunft braucht Flächen

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Baden-Württemberg besitzt immer noch die drittstärkste Wirtschaftskraft aller Bundesländer in Deutschland (Stand 2023). Allerdings ist es mittlerweile Schlusslicht beim Wachstum. Gerade in schwierigen Zeiten müssen für investitionswillige Unternehmen ausreichend Flächen zur Verfügung stehen – unter Beachtung eines verantwortungsvollen und schonenden Umgangs mit der Ressource. Es braucht Vorratsflächen, um Flächenbedarfe beim Wiederanspringen der Konjunktur decken zu können. So werden Unternehmensstandorte gesichert, und nur so gelingen die Energiewende und das Schaffen von Wohnraum. Ausschlaggebend ist dabei der Landesentwicklungsplan. Er muss attraktive Standortbedingungen für Wirtschaft und Kommunen sichern.

Um mit attraktiven Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie Produktionskapazitäten auch in Zukunft zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beizutragen, müssen ausreichend Flächen für Neuansiedlungen, Expansionen und Modernisierungen zur Verfügung stehen. Eine gute Flächenverfügbarkeit ermöglicht Unternehmen

- flexibel auf Marktentwicklungen zu reagieren,
- Investitionen in neue Technologien zu tätigen und
- die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Flächennutzung erzeugt Wohlstand

Um Baden-Württemberg wettbewerbsfähig zu halten und den Unternehmen Planungssicherheit zu geben, sind verfügbare Flächen wichtig. Die Wirtschaft bekennt sich dabei zum verantwortungsbewussten Umgang mit der Ressource Fläche. Auch mit Innenentwicklung oder Nachverdichtung sind zur Deckung des Gewerbeflächenbedarfs Neuausweisungen von Flächen erforderlich. Eine nachhaltige Flächennutzung und ein nachhaltiger Gewerbebau sind über Festlegungen in den Bebauungsplänen und den Grundstücksvergabeprozessen steuerbar.

Jede für Unternehmen erschlossene Fläche schafft sowohl Wertschöpfung als auch Arbeitsplätze, stärkt Kaufkraft und sichert Steuereinnahmen. Daher braucht es eine neue Sichtweise auf den Flächegebrauch, denn Fläche wird nicht „verbraucht“, sondern genutzt. Die Flächennutzung muss in der Öffentlichkeit objektiv diskutiert werden – auch von Vertretern aus Politik und Verwaltung.

Bürokratische Belastungen

- *Langwierige Planungs- und Genehmigungsprozesse*

Forderungen

- *Keine Flächenbegrenzung im Sinne einer Netto-Null*
- *Förderung innovativer Bauweisen intensivieren*
- *Digitalisierung der Bauverwaltung*
- *Attraktive Standortbedingungen schaffen*
- *Zielkonflikte in der Landesentwicklungsplanung lösen und im Zweifel benennen, was nicht mehr möglich sein wird*
- *Regelmäßige Evaluierung des LEP bei der die Wirtschaft einbezogen wird*
- *Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen*

Landesermöglichungsplanung

Bedarfsanalysen zeigen, dass in den kommenden zwei Jahrzehnten voraussichtlich plus 2,4 Prozent der Landesfläche benötigt werden, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Zudem muss die Landesplanung flexibel genug sein, um auf unvorhergesehene Entwicklungen reagieren zu können. Das politische Ziel einer ‚Netto-Null‘ bzw. einer pauschalen Flächenbegrenzung wird von den IHKs abgelehnt.

Flächen für Industrie- und Gewerbestandorte und Start-ups

Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist durch eine vielseitige Struktur und Spitzentechnologien geprägt. Die Industrie trägt mit etwa 30 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei und ist damit überdurchschnittlich stark. Der steigende Fachkräftebedarf und begrenzte Flächen bremsen die Unternehmen allerdings aus. Wachstum erfordert flexible Flächenpolitik – auch für Start-ups. Aufgrund zunehmender Flächenknappheit sowie Naturschutz- und Umweltauflagen wird es immer schwieriger, bei großflächigen Gewerbestandorten das sogenannte „Anbindegebot“ aus dem Landesentwicklungsplan 2002 einzuhalten. Der BWIHK setzt sich deshalb dafür ein, bei der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Ausnahmen zuzulassen, wie Gewerbeflächenausweisungen an Autobahnanschlussstellen oder bei interkommunalen Gewerbegebieten.

Flächen für Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum ist essenziell für den Wettbewerb um Fachkräfte. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Baden-Württemberg ist aufgrund von Bevölkerungswachstum und Zuwanderung enorm. 2022 fehlten beispielsweise rund 60.000 Wohnungen, was 126.760 Menschen betrifft. Um den Bedarf zu decken, sind ausreichend Flächen sowie ein innovationsförderndes Investitionsklima erforderlich, insbesondere für seriellen und genossenschaftlichen Wohnungsbau.

Flächen für Verkehr und digitale Infrastruktur

Die Grundlage für den Erfolg der exportstarken Wirtschaft in Baden-Württemberg sind leistungsfähige Verkehrswege. Dazu braucht es die Sicherung und Erschließung von Flächen, z.B. für Terminals des Kombinierten Verkehrs, die Erweiterung von Häfen sowie für Straßen- und Schienentrassen. Ein gut ausgebautes Netz aus Straßen, Schienen und Radschnellwegen stellt zudem die Basis dar, über die Pendler täglich ihren Arbeitsplatz erreichen. Darüber hinaus werden dringend Flächen für den Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für E-LKW benötigt, um den Wandel im Schwerlastverkehr zu ermöglichen.

Flächen für Nachhaltige Energieversorgung

Der steigende Energiebedarf durch regenerative Energien erfordert eine dezentrale Energiegewinnung und damit zusätzliche Flächen für entsprechende Anlagen und die nachfolgende Versorgungsinfrastruktur wie Verteil- und Übertragungsnetze sowie Stromspeicher oder Umspannwerke. E-Mobilität und Ladeinfrastruktur sind zu integrieren, der Wärmesektor und Wasserstofftechnologien zu berücksichtigen. Dezentrale Energiesysteme sind zu fördern. Das für das Land avisierte Flächenziel von zwei Prozent der Landesfläche für Windkraft- und Photovoltaikanlagen entspricht dabei der in Jahrzehnten gewachsenen Flächeninanspruchnahme für Industrie- und Gewerbe.

Interkommunales auch grenzüberschreitendes Flächenmanagement stärker fördern

Damit Flächen ihrer bestmöglichen Nutzung zukommen können, ist verstärkt in großräumigen Zusammenhängen zu denken. Im Standortverbund mit benachbarten Kommunen gilt es, interkommunales Flächenmanagement zu betreiben. Entsprechende Anreize für interkommunale Kooperationen müssen stärker gefördert werden, und die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben sein.

Forderungen

- Klare Definition der Kriterien für die im LEP genannten landesweiten Gewerbeschwerpunkte
- Flexible Förderungen für dezentrale Energieversorgung
- Schaffung von Vorratsflächen
- Förderung von Revitalisierungsmaßnahmen
- Integration der Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur von Anfang an
- Sicherung und Ausbau von Verkehrs- und Logistikflächen
- Anpassung des Anbindegebots
- Etablierung von Mehrfachnutzungen in Gewerbe- und Industriegebieten (mehrstöckig und damit multifunktional)

Bodenfläche in Baden-Württemberg 2023



Quelle: Flächenerhebung
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2023

Ansprechpartner:

Sarah Wörz
Federführung Bauen/ Wohnen
woerz@ostwuerttemberg.ihk.de
07321 324 128



Verkehr

Mobilität intelligent gestalten

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die Grundlage für den Erfolg der exportstarken Wirtschaft im Land sind leistungsfähige Verkehrswege – sowohl vor Ort als auch zu den Absatzmärkten und Zulieferbetrieben, insbesondere in den angrenzenden europäischen Ländern. Ein gut ausgebautes Netz aus Straßen, Radwegen und Schienen stellt zudem die Basis dar, über die Pendler täglich ihren Arbeitsplatz erreichen.

Die Weiterentwicklung und Stärkung von Straße, Schiene, Wasserwegen und Luftverkehr ist daher essenziell, um das stetig steigende Verkehrsaufkommen zu bewältigen und Lieferketten zuverlässig aufrechtzuerhalten. Ein leistungsfähiger, kombinierter Verkehr entlastet die Straßen und trägt maßgeblich CO₂-Reduktion bei. Der BWIHK fordert daher die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Sanierung und Ausbau von Straßen und Brücken
- Erweiterung und Elektrifizierung der Schienenwege
- Verknüpfung und Stärkung von kombiniertem Verkehr und Wasserwegen
- Nachhaltige Stärkung des Luftverkehrs

Rahmenbedingungen für den Verkehr verbessern

Keine weiteren Belastungen für Transportunternehmen

Die baden-württembergische Wirtschaft warnt vor weiteren Belastungen von Transportunternehmen. Insbesondere die Einführung einer landesweiten Maut für LKW auf Land- und Kommunalstraßen würde zu einem starken Wettbewerbsnachteil in Baden-Württemberg führen, insbesondere im ländlichen Raum.

Straßen und Brücken sanieren und ausbauen

Die baden-württembergische Wirtschaft fordert den Neu- und Ausbau sowie Erhalt landeseigener Straßen und Bauwerke zeitnah umzusetzen. Der Schwerpunkt muss hier vor allem bei der Sanierung der Brücken und dem Vorantreiben von Lückenschlussprojekten liegen, um die Funktionalität des Verkehrsnetzes zu erhalten. Hierzu muss auch die Umsetzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Bürokratische Belastungen

- Langwierige Genehmigungsverfahren
- Komplizierte Förderprogramme
- Ausufernde Dokumentations- und Berichtspflichten

Forderungen

- Keine weiteren Belastungen für Transportunternehmen
- Straßen und Brücken sanieren und ausbauen
- Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren

Güterverkehrsleistung auf der Straße bis 2040



Quelle: Verkehrsprognose 2040, Bundesministerium für Digitales und Verkehr; 2024

Flächen sichern und langfristig bereitstellen

Eine bedarfsgerechte Bereitstellung und Entwicklung von Logistik- und Verkehrsflächen ist notwendig, um den steigenden Anforderungen an den Warenumsatz, die Lieferketten sowie an die Antriebstransformation gerecht zu werden. Dies betrifft insbesondere Häfen, Umschlags- und Verteilzentren. Zudem müssen ausreichend Gewerbeflächen für Transportunternehmen und Akteure im kombinierten Verkehr ausgewiesen werden. Gewerbe- und Industriegebiete müssen besser für alle Verkehrsarten angebunden werden. Zur Bewältigung der Antriebstransformation müssen bestehende Logistikflächen für Ladeinfrastruktur besser ausgenutzt werden dürfen.

Ein akuter Mangel besteht bei innerstädtischen Logistikflächen, die essenziell für effiziente Letzte-Meile-Konzepte sind. Darüber hinaus werden dringend Flächen für den Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für E-LKW benötigt, um den Wandel im Schwerlastverkehr zu ermöglichen.

In Häfen oder Terminals für den kombinierten Verkehr findet viel Verkehr statt. Doch damit werden andere Verkehrsträger und Regionen entlastet. Dies wird oftmals nicht gesehen und sollte als Faktor bspw. bei Klimabilanzen von Städten eine Rolle spielen. Damit kann ein Ausgleich dafür gefunden werden, dass bestimmte Orte eine übermäßige Verkehrslast tragen.

Verkehrsträger zukunftsgerecht weiterentwickeln, auch auf europäischer Ebene

Engpässe im Schienennetz für Güter- und Personenverkehre beseitigen

Die Qualität der Schieneninfrastruktur muss nachhaltig gesichert und die Elektrifizierung und Digitalisierung konsequent weiter vorangetrieben werden. Wichtige Maßnahmen des Deutschlandtaktes sind zügig umzusetzen, um eine bessere Verknüpfung der Verkehrsangebote zu gewährleisten. Wichtig ist die Verknüpfung grenzüberschreitender Schienenverkehre sowie der europaweit unterschiedlichen Tarif- und Buchungssysteme.

Binnenwasserstraßen zukunftsfähig ausbauen

Zu einer zukunftsfähigen Gestaltung der Binnenwasserstraßen, insbesondere von Rhein und Neckar gehört der gezielte Ausbau der Infrastruktur, um eine effiziente und nachhaltige Nutzung dieser Verkehrswege sicherzustellen. Ein zentrales Anliegen ist die Sanierung, der Ausbau sowie die Verlängerung der Neckarschleusen, damit diese für größere Schiffe befahrbar sind.

Luftverkehr muss Tor zur Welt bleiben

Der Luftverkehr muss die nationale und internationale Anbindung ans Verkehrsnetz weiterhin sicherstellen. Eine bessere Vernetzung ist entscheidend für einen reibungslosen Waren- und Personenverkehr sowie für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dafür müssen Engpässe beseitigt und die Anbindung an zentrale europäische Transportkorridore verbessert werden.

Antriebswende erfolgreich umsetzen

Um die Antriebswende zu meistern, ist ein technologieoffener Ansatz nötig, der sich an dem Machbaren orientiert. Alternativen zum Dieselmotor (bspw. E-Ladeinfrastruktur, HVO100-Versorgung, H2-Tankstellen) müssen bereitstehen, damit die Unternehmen anstehende gesetzliche Vorgaben erfüllen können. Technologien, die einen schnellen Beitrag zur CO₂-Reduktion liefern, müssen ergebnisoffen auf schnelle Umsetzbarkeit geprüft werden.

Lückenschluss beim Radverkehr

Um den Radverkehr als umweltfreundliche Alternative für Pendler zu stärken, muss der Ausbau von Radschnellwegen vorangetrieben und Gewerbegebiete angebunden werden.

Forderungen

- *Bedarfsorientierte Bereitstellung sowie Entwicklung von Logistik- und Verkehrsflächen*
- *Ausbau von Häfen, Umschlags- und Verteilzentren*
- *Bedarfsgerechter Ausbau von Ladeinfrastruktur für E-LKW*
- *Flächen für Energieversorgung zur Antriebstransformation*
- *CO₂-Ausgleichsmechanismus für Logistik-Hubs*

Forderungen

- *Schienenverkehr ausbauen und Engpässe beseitigen*
- *Zukunftsfahrplan Schiene BW hinsichtlich Qualität und Angebot durchsetzen*
- *Binnenwasserstraßen zukunftsfähig ausbauen*
- *Nachhaltige Stärkung des Luftverkehrs*
- *Ausbau des Radnetzes*

Ansprechpartner:

Mario Klein
Federführung Verkehr
mario.klein@rhein-neckar.ihk.24.de
0621 1709 230

Breitband

flächendeckend ermöglichen

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Schnelles Internet ist heute so wichtig wie Strom und Wasser. Ob Industrie 4.0, digitale Geschäftsmodelle oder Home Office – ohne Glasfaser droht Stillstand.

- Die wirtschaftliche Zukunft Baden-Württembergs hängt an einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur.
- Der Glasfaserausbau muss beschleunigt, flächendeckend vorangetrieben und fair organisiert werden.
- Bürokratische Hürden, lange Genehmigungsverfahren und Fachkräftemangel bremsen den Fortschritt.
- Wo ohnehin gebaut wird, muss Glasfaser mitverlegt werden – das spart Zeit und Geld. Gleichzeitig braucht es klare Regeln für die Abschaltung alter Kupfernetze, damit der Umstieg reibungslos gelingt.

Bürokratische Belastungen

- Kommunale Planungs- und Genehmigungsverfahren sind zu langwierig und uneinheitlich.
- Personelle Engpässe in den Behörden führen zu Verzögerungen bei der Prüfung und Genehmigung von Ausbauprojekten.

Breitband: Jetzt Tempo machen beim Glasfaserausbau

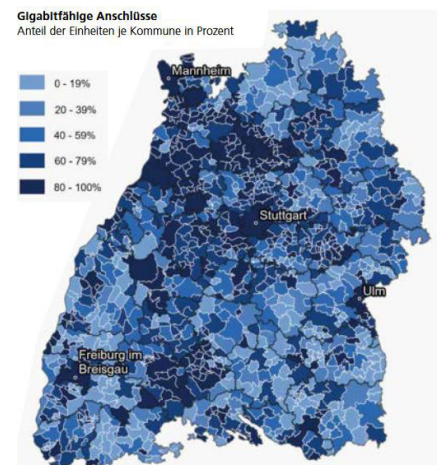
Ein flächendeckendes, zukunftsfähiges Breitbandnetz ist Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, Innovation und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Trotz Fortschritte in den vergangenen Jahren hinkt Baden-Württemberg beim Glasfaserausbau im Bundesvergleich hinterher. Besonders im ländlichen Raum und in Gewerbegebieten bestehen nach wie vor erhebliche Versorgungslücken. Wenn Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Gesundheitsversorgung digital funktionieren sollen, muss die Landespolitik den Ausbau deutlich beschleunigen und Hindernisse aktiv beseitigen.

Der Ausbau kommt voran – aber zu langsam

In Baden-Württemberg verfügten Ende 2024 rund 41 % der Haushalte über einen gigabitfähigen Glasfaseranschluss – bundesweit lag die Quote bei 47 %*. Beim tatsächlichen Anschluss (Homes connected) liegt die Zahl sogar deutlich darunter. Grund dafür sind hohe Tiefbaukosten, langwierige Genehmigungsverfahren, der Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft und nach wie vor fehlende Mitverlegungsstrategien. Gerade mittelständische Unternehmen warten teils seit Jahren auf leistungsfähige Anschlüsse.

*Quelle: Gigabitgrundbuch, Breitbandatlas

Gigabitfähige Anschlüsse



Quelle: Gigabit Studie Baden-Württemberg
Aktualisierung von Juli 2024

Breitbandausbau ganzheitlich denken!

Glasfaser allein reicht nicht: Mobilfunk und neue Technologien müssen mitgedacht werden

Breitbandversorgung bedeutet ein leistungsstarkes Glasfasernetz – flächendeckend und leistungsstarke Knoten. Gleichzeitig ist ein leistungsstarker Mobilfunk (4G/5G/...) fester Bestandteil einer digitalen Infrastruktur. Viele Regionen kämpfen nach wie vor mit Funklöchern oder unzuverlässiger Netzabdeckung, insbesondere in ländlichen Gebieten. Eine zukunftsfähige Breitbandstrategie muss deshalb Glasfaser, Mobilfunk und aufkommende neue Technologien (Via Satellit, Funk-Netze, Edge Computing wie Car-to-X, etc.) integrativ betrachten.

Die "letzte Meile" entscheidet über Erfolg oder Misserfolg

Der Anschluss von Unternehmen an das schnelle Netz scheitert oft auf der sogenannten "letzten Meile". Ob durch bauliche Verzögerungen, fehlende Genehmigungen oder mangelndes Interesse – hier liegt eine zentrale Herausforderung. Home Office und mobiles Arbeiten benötigt flächendeckenden Breitband Anschluss. Der Ausbau der „letzten Meile“ muss attraktiv, unbürokratisch und schnell realisiert werden können.

Im Kontext Kupferabschaltung kann die Forderung der Bundesnetzagentur „Umstieg auf Glasfaser darf nicht zu Versorgungslücken führen“, nur unterstrichen werden. Auch „Low-Cost“-Alternativen und die Interessen von Geschäftskunden sind mitzudenken.

Mit Breitband und Digitalisierung zum Erfolg

Ein schneller Anschluss ist nur der erste Schritt zur Zukunftsfähigkeit. Echtzeitsysteme in den Bereichen Logistik, Finanzwirtschaft, Energiewirtschaft, Sicherheit und Mobilität erfordern eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Ebenso ist der vielfältige Einsatz Künstlicher Intelligenz auf zuverlässige und schnelle Datenverbindungen angewiesen. Breitband ermöglicht Digitalisierung und gemeinsam die Grundlage für eine moderne Gesellschaft und langfristigen wirtschaftlichen Erfolg. Dafür braucht es begleitende Maßnahmen:

- Digitalkompetenz in Bildung stärken und Qualifizierung von Fachkräften fördern.
- Klima für die Akzeptanz neuer Technologien verbessern: Aufklärung über Chancen und konkrete Anwendungen, Nutzung mit Best-Practices kommunizieren, um Verständnis zu schaffen.
- Investitionsbereitschaft nutzen und fördern.

Ein flächendeckender und konsequenter Breitbandausbau stärkt Baden-Württemberg als attraktiven Standort für Investitionen in neuen, die zukünftige Wirtschaft prägenden Technologiefeldern. Nur so wird aus der Breitband-Infrastruktur ein echter Standortfaktor.

Fazit: Breitband ist die Basis für langfristigen Wohlstand

Der Breitbandausbau ist nicht nur ein technisches Infrastrukturprojekt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Vorhaben. Nur durch die enge Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kann ein nachhaltiger Digitalisierungsschub gelingen. Dialog, Verständnis und Beteiligung müssen dabei genauso gefördert werden wie Glasfaser und Mobilfunkmasten.

Forderungen

- *Genehmigungsverfahren beschleunigen*
- *Mitverlegung konsequent umsetzen*
- *Glasfaser in der Fläche voranbringen*

Ansprechpartnerin:
Tanja Frese
Federführung Breitband
Mail frese@reutlingen.ihk.de
Tel: 07121 201 - 272

Gesamtverteidigung wirtschaftlich denken

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Deutschland ist erstmals seit Ende des Kalten Krieges wieder sicherheitspolitisch bedroht, ergänzt um hybride Konfliktszenarien und neue Technologien. Die Nationale Sicherheitsstrategie definiert Antworten hierauf, Vorgaben für die Vorbereitung auf ziviler und militärischer Ebene finden sich insbesondere in der Rahmenrichtlinie Gesamtverteidigung und dem Operationsplan Deutschland. Die Erfahrungen aus der Corona-Krise haben jedoch gezeigt, dass Ausbaubedarf bei der gesamtstaatlichen Vorbereitung auf große Krisensituationen besteht. Gleichzeitig ist in aktuellen Konflikten zu beobachten, dass die Wirtschaft neben der Fokussierung auf die Gesamtverteidigung auch in anderen Bereichen handlungsfähig bleiben kann und muss. Bis zum Jahr 2029 muss die Fähigkeit zur wirksamen Gesamtverteidigung aufgebaut werden, um mögliche Gegner von einem Angriff auf die NATO oder Deutschland abzuschrecken. Die Wirtschaft fordert daher:

- Schaffen klarer Zuständigkeiten für die Gesamtverteidigung
- Auf- und Ausbau der erforderlichen Infrastruktur
- Abbau aller regulatorischen Hemmnisse der wirtschaftlichen Resilienz

Bürokratische Belastungen

- *Komplexe Genehmigungs- und Vergabeverfahren bei öffentlichen Aufträgen*
- *Taxonomievorgaben hemmen Sicherheit und Verteidigung*

Wirtschaft sichern

Rahmenbedingungen für die Verteidigungsindustrie verbessern

Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ist auch bedeutender Wirtschaftsfaktor in Baden-Württemberg. Sie zählt zu den Spitzentechnologiebranchen mit FuE-Quoten von rund 7 Prozent und stärkt dadurch regionale Innovationssysteme im Zusammenwirken mit Zulieferern und Dienstleistern. Die Landesregierung muss optimale Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Innovation unterstützen, die Ausweitung von Produktionskapazitäten ermöglichen und die gesellschaftliche Akzeptanz der Branche verbessern.

Vergabeverfahren vereinfachen & Branchen berücksichtigen

Die Einbindung verschiedener Branchen in die Gesamtverteidigung erfordert effiziente und unbürokratische Verfahren bei öffentlichen Aufträgen. Eine bloße Erhöhung von Schwellenwerten greift zu kurz. Es bedarf klarer, nachvollziehbarer und unter den Bundesländern abgestimmter Regeln und Verfahren für Vergabeverfahren. Kleine und mittelständische Unternehmen müssen besser berücksichtigt werden.

Forderungen

- *Akzeptanz der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erhöhen*
- *Ausbau von Produktion, Forschung und Entwicklung unterstützen*
- *KMUs mit berücksichtigen*

Infrastruktur für die Gesamtverteidigung ertüchtigen und ausbauen

Über alle Infrastrukturen hinweg sind die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu aufwändig, um bis 2029 mit einem für die Gesamtverteidigung erforderlichen Ausbaufortschritt rechnen zu können. Die Verfahren müssen daher signifikant vereinfacht und beschleunigt werden, die Finanzierungsmodelle müssen den nachhaltigen Aufbau von Planungs- und Baukapazitäten ermöglichen und Einschränkungen bei anderen für die Wirtschaft bedeutsamen Infrastrukturmaßnahmen verhindern.

Straße, Schiene, Flächen und Wasserstraßen

Auch Baden-Württemberg wäre im Ernstfall Teil der Logistik-Drehscheibe Deutschland sowie Aufmarschgebiet. Eine widerstandsfähige und moderne Infrastruktur ist hierfür das Rückgrat. Neben der systematischen Ermittlung und Priorisierung der zu ertüchtigenden Verkehrswege müssen hierbei auch die Anforderungen der Wirtschaft berücksichtigt werden. So erhöht beispielsweise das 740 Meter Netz (Ausweichgleise für Güterzüge) gleichermaßen die Kapazitäten für militärische und zivile Transporte. Bei den Straßen sind mit Blick auf mögliche Zerstörungen ausreichende Redundanzen zu schaffen, die in einer integrierten Gesamtplanung auch Störungen infolge von Straßenarbeiten in Friedenszeiten verringern. Wasserstraßen, Schleusen und Wirtschaftsflächen müssen ebenfalls in Hinblick auf eine kombinierte Nutzung betrachtet werden. Ein Nachnutzen von Konversionsflächen ist ebenso möglich.

Energieversorgung & Kommunikationsnetze

Im Ukrainekrieg zeigt sich, dass Angriffe auf die Versorgungsnetze systematisch zur Schwächung des Gegners zum Einsatz kommen. Im Bereich der Resilienz gegen Cyberangriffe wurden rund um die KRITIS-Regulierung umfangreiche Schutzmaßnahmen etabliert. Eine angemessene Energieversorgung nach physischen Angriffen kann jedoch nur durch einen beschleunigten Ausbau von Netzen und dezentraler Versorgung sichergestellt werden. Neben Planungssicherheit für Investoren bedarf es hierbei insbesondere einer deutlichen Verschlankung der Genehmigungsverfahren, vom Elektrolyseur über die Windkraftanlage bis hin zum Netz und Kraftwerk. Stabile Kommunikationsnetze sind bestmöglich zu gewährleisten.

Luftverkehrsinfrastrukturen

Nach dem umfangreichen Rückbau von Autobahn-Notlandeplätzen nach Ende des Kalten Krieges wäre im Ernstfall von einem Mangel an geeigneten Landeplätzen auszugehen, was auch Lieferketten in der Wirtschaft beeinträchtigen dürfte. Dem Erhalt von Flughäfen sowie weiterer Luftverkehrsinfrastrukturen, z.B. für Drohnen oder die zivile Versorgung, kommt daher eine hohe Bedeutung zu.

Wirtschaft bei der Planung einbinden

Koordinierte Beteiligung an Planungen, Stäben und Übungen

In der Rahmenrichtlinie Gesamtverteidigung wird die Wirtschaft an 61 Stellen erwähnt und als Garant für Energie und Lebensmittelversorgung, Logistik, die Bereitstellung von Maschinen und vieles mehr hervorgehoben. Die Vielfalt der Aufgaben erfordert eine systematische Planung in Friedenszeiten. Die Landesregierung muss geeignete Formate für die landesspezifischen Aufgaben und Schnittstellen schaffen. Hierbei ist eine Einbindung der Unternehmen, Kammern und Verbände unerlässlich. Aufbau und Vorhaltung wirtschaftlicher Kapazitäten für den Verteidigungsfall müssen durch Aufträge unterlegt oder durch Anreize unterstützt werden.

Forderungen

- *Verteidigungsrelevante Infrastruktur erhalten, ertüchtigen, ausbauen und finanzieren*
- *Energieversorgung schneller und resilient ausbauen*
- *Verkehrsinfrastruktur erhalten,*

Forderungen

- *Kammern, Verbände und Unternehmen in die Planung einbinden*
- *Anreize für den Aufbau verteidigungsrelevanter Kapazitäten in der Wirtschaft*

Ansprechpartner:

Tim Bartsch
Koordinierungsstelle Gesamtverteidigung
bartsch@weingarten.ihk.de
0751 409 221



Gesundheitswirtschaft

Chancen der Digitalisierung nutzbar machen

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Aufgrund der Personalintensität und der starken Dienstleistungsorientierung ist die Gesundheitswirtschaft seit Jahren ein wichtiger Beschäftigungsmotor in Baden-Württemberg. Im Jahr 2023 zählte die Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg rund 811 400 Erwerbstätige. Somit hatte jede achte erwerbstätige Person im Südwesten ihren Arbeitsplatz (12,6 Prozent) in dieser Querschnittsbranche. Die Gesundheitswirtschaft ist damit der beschäftigungsstärkste Wirtschaftszweig in Baden-Württemberg.

Die Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft lag 2023 im Land bei rund 52,5 Mrd. Euro bzw. rund 9,3 Prozent der Wirtschaftsleistung Baden-Württembergs.

Das Land Baden-Württemberg sollte aufgrund seiner bedeutenden Forschungsinstitutionen und Unternehmen im Gesundheitsbereich eine führende Rolle unter den Bundesländern anstreben. Leitgedanke sollte sein, die digitale Transformation im Gesundheitsbereich mit einer Stärkung der Gesundheitswirtschaft zu verknüpfen. Schließlich können die Betriebe der Gesundheitswirtschaft – vom Digital-Health und Biotech-Start-up, Unternehmen der ambulanten und stationären Versorgung, Reha- und Vorsorgeeinrichtungen bis hin zu weltweit agierenden Medizintechnik- und Pharmaunternehmen – einen zentralen Beitrag leisten, die Chancen der Digitalisierung nutzbar zu machen. Durch die Digitalisierung kann nicht nur die Versorgung besser und effizienter werden, auch zusätzliche Wertschöpfung und Arbeitsplätze können durch Innovationen in Baden-Württemberg entstehen.

Die Landespolitik sollte die Branche mit folgender Maßnahme unterstützen:

- Chancen der Digitalisierung nutzbar machen.

Chancen der Digitalisierung nutzbar machen

Daten sind der Schlüssel zur personalisierten Medizin, beschleunigen den Innovationszyklus, generieren Evidenz in der Zulassung und sind wesentlich für die Nutzenbewertung. Von einer systematischen Datennutzung profitiert daher die Qualität und die Wirtschaftlichkeit der Versorgung.

Bürokratische Belastungen

- Defizite bei der elektronischen Einreichung von Unterlagen zur Abrechnung von Gesundheitsleistungen.
- Grundsätzliche Umstellung auf elektronische Einreichung spart Unternehmen erhebliche Ressourcen.
- So erfolgt z.B. die Abrechnung im Hilfsmittelbereich bislang papierbasiert. Entsprechend benötigt beispielsweise ein mittelständischer Hilfsmittelleistungserbringer im Jahr ca. 1,2 Mio. Blätter Papier für das Ausdrucken und Einscannen der Abrechnungsunterlagen.
- Lösungsvorschlag: Klarstellung, dass Unterlagen grundsätzlich einheitlich elektronisch einzureichen und zu akzeptieren sind.
- Dies könnte z.B. über die Einfügung einer entsprechenden Konkretisierung in § 302 Abs. 1 S. 1 SGB V erfolgen. Dies würde zu einer erheblichen Ressourcenschonung führen – sei es in Bezug auf Zeit, Personal oder Papier – und somit auch zu finanziellen Einsparungen beitragen.

Regelmäßig müssen Unternehmen in Deutschland allerdings auf Gesundheitsforschungsdaten aus anderen Ländern zurückgreifen, da sie hierzulande nur unter erschwerten Bedingungen Versorgungsdaten nutzen können.

Beim Zugang zu Versorgungsdaten dürfen Unternehmen daher gegenüber öffentlichen Forschungseinrichtungen nicht benachteiligt werden. Unternehmen sollten Versorgungsdaten im Sinne einer bedarfsgerechten und am Nutzen des Patienten orientierten Entwicklung von Innovationen und Verbesserung von Bestandsprodukten verwenden können. Zentral dabei ist, dass der Zugang KMU-freundlich ausgestaltet wird. Zudem sind digitale Lösungsansätze für eine effiziente Durchführung von – immer komplexeren – klinischen Studien wichtig. Dabei gilt es, Prozesse und Akteure zu vernetzen. Vor diesem Hintergrund ist der mit dem Projekt des cloudbasierten Gesundheitsnetzwerkes MED!CUS eingeschlagene Weg des Landes unbedingt fortzusetzen und dringend zu beschleunigen.

Der Datenschutz darf nicht dazu führen, dass anonymisierte, aggregierte Patientendaten, die in anderen Ländern der Welt für Forschung und Innovation zur Verfügung stehen, im Inland blockiert werden. Eine Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil von Unternehmen und Patienten wäre die mittelfristige Folge. Deshalb muss der Fokus weg von einer reinen Fokussierung auf den Datenschutz hin zu einer Ermöglichung der Datennutzung erfolgen.

Lange und bürokratische Verfahren machen den Forschungsstandort unattraktiv. Aktuell können viele Forschungsvorhaben nur verzögert oder auch gar nicht durchgeführt werden – somit gibt es weniger Innovationen in Deutschland. Um schnellere Verfahren zu ermöglichen, müssen Behörden besser ausgestattet und die Einführung durchgängig digitaler Verfahren muss vorangetrieben werden. Verbindliche Fristen für die Bearbeitung von Anträgen erhöhen zudem die Planungssicherheit für Unternehmen. Neben notwendigen bundeseinheitlichen Datenschutzregeln ist auch eine direkte Zuständigkeit einer Behörde bei länderübergreifenden Vorhaben notwendig. Dies würde zu einer Verfahrensbeschleunigung führen.

Die Digitalisierung bietet die Chance, die bestehenden Prozesse zu optimieren und so Bürokratie abzubauen und personelle Ressourcen effizienter einzusetzen. Hierzu ist es notwendig, die bestehende Digitalisierungsstrategie konsequent umzusetzen und insbesondere die verschiedenen Leistungserbringer an die Telematik-Infrastruktur anzubinden. Überall dort, wo digitale Leistungen dieselbe Qualität erreichen wie Leistungen im persönlichen Kontakt, sollte die digitale Leistungserbringung als gleichwertig akzeptiert sein. Die Vielfalt an Teilnehmern der patientenorientierten Versorgung birgt die Gefahr einer Fragmentierung des Versorgungsprozesses. Um dem digital entgegenzuwirken, ist die Einrichtung von Schnittstellen bzw. der Gewährleistung der Interoperabilität bei den Schnittpunkten der digitalen Infrastruktur sicherzustellen.

Zudem gilt es, den Einsatz von Telemedizin regional zu fördern und auszubauen, um eine hochstehende Versorgungsqualität in allen Regionen Baden-Württembergs in Zukunft anbieten zu können. Denn eine gute medizinische Versorgung ist ein wichtiger Standortfaktor für Fachkräfte bei der Wahl des Arbeitsortes.

Forderungen

- *Zugang zu Forschungsdaten erleichtern*
- *Datennutzung in den Fokus stellen*
- *Verfahren mittels durchgängiger Digitalisierung beschleunigen*

Forderungen

- *Digitalisierungsstrategie konsequent umsetzen*
- *Schnittstellen einrichten, um Interoperabilität sicherzustellen*
- *Einführung von Telemedizin flächendeckend fördern*

Ansprechpartner:

Dr. Alexander Graf
Federführung Gesundheitswirtschaft
alexander.graf@konstanz.ihk.de
07622 3907 213



Gesundheitsversorgung effizient und wirtschaftsnah gestalten

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein wichtiger Standortfaktor für die Unternehmen in Baden-Württemberg und beeinflusst direkt die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten. Von einer starken Gesundheitswirtschaft profitieren somit auch die Fachkräftegewinnung und -bindung der gesamten Wirtschaft. Deswegen wiegt es umso schwerer, dass die Branche mit hohen Bürokratiebelastungen konfrontiert ist – und zwar von der Entwicklung, über die Zulassung und Produktion bis hin zur Abgabe, Leistungserbringung und Kostenabrechnung.

Die Landespolitik sollte die Branche mit folgender Maßnahme unterstützen:

- Gesundheitsversorgung: Prävention stärker in den Fokus stellen, Kosten im Blick behalten.

Gesundheitsversorgung: Prävention stärker in den Fokus stellen, Kosten im Blick behalten

Prävention stärker in den Fokus nehmen

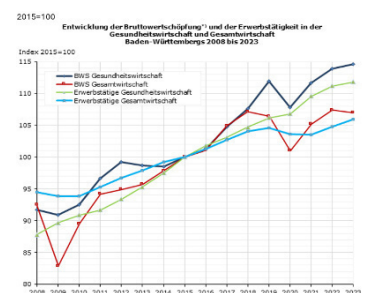
Gesundheit ist das Fundament für Wohlstand und Wachstum. Um das Gesundheitssystem zukunftsorientiert auszurichten und vor Überlastung zu schützen, müssen Prävention und Gesundheitsförderung einen höheren Stellenwert bekommen. Es gilt, jede einzelne Person zu eigenverantwortlichem und aktivem Handeln für seine Gesundheit zu befähigen und entsprechende Maßnahmen der Gesundheitsversorgung zu nutzen.

Im betrieblichen Kontext kann die betriebliche Gesundheitsförderung, bei der die Erhaltung der Mitarbeitergesundheit im Mittelpunkt der Bemühungen steht, einen wichtigen Beitrag leisten. Alle Maßnahmen in der betrieblichen Gesundheitsförderung sollten immer das Ziel »Prävention vor Kuration und guter Rehabilitation« verfolgen, um eine langanhaltende Beschäftigung der Mitarbeitenden in den Betrieben zu sichern. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung in Baden-Württemberg sollte die betriebliche Gesundheitsförderung stärker unterstützt werden.

Bürokratische Belastungen

- Laut einer Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) aus 2024 sind Deutsche Krankenhausärzte pro Arbeitstag durchschnittlich rund 2,9 Stunden mit Dokumentations-tätigkeiten beschäftigt, Pflegekräfte mit rund 2,7 Stunden. Eine Entlastung der Ärzte um eine Stunde pro Tag „schafft“ sofort 21 000 zusätzliche „freigewordene“ Ärzte.

Entwicklung der Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeiten in der Gesundheitswirtschaft in BW 2008-2023



Quelle:
Datenquellen: AG GfK, Wirtschaftsprüfung-Verfahren (Stand: Mai 2024); AK VGR, Berechnungsstand: August 2023/ Februar 2024; AK ETL, Berechnungsstand: Februar 2024. Angaben ab 2019 vorläufig. Ergänzende Vergleichbarkeit mit den Vorjahren ab Berichtsjahr 2014 sowie 2020 aufgrund geänderter Quellen bzw. Wirtschaftszweigordnung. © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2024

Bei der betrieblichen Gesundheitsförderung benötigen insbesondere KMU praktische Hilfen. Dies bedeutet: leicht verständliche Informationen und Handlungsanleitungen bereitstellen, Möglichkeiten zur Vernetzung und Best-Practice-Austausch schaffen sowie Transparenz und Klarheit über die richtigen Ansprechpartner herstellen. Letzteres gilt z.B. bei der Kooperation mit Krankenkassen oder bei der Umsetzung von Maßnahmen wie dem steuerlichen Freibetrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung. Viele kleine und mittlere Unternehmen haben meist keine entsprechenden Infrastrukturen wie eine Rechts- oder Personalabteilung und profitieren stark von solchen Maßnahmen. Einige IHKs engagieren sich in diesem Bereich bereits und bieten regionale Erfahrungsaustauschgruppen zum Thema Gesundheitsförderung an. Initiativen sollten auf bestehenden Strukturen aufbauen und keine Doppelstrukturen schaffen.

Kosten für die Betriebe im Blick behalten

Eine systematische Integration innovativer Produkte und Leistungen in die Gesundheitsversorgung sowie eine konsequente Nutzung der digitalen Medizin könnte nicht nur die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft als Wirtschaftsfaktor stärken, sondern auch einen effizienteren Einsatz der Ressourcen sicherstellen. Dies würde einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Stabilität der Lohnzusatzkosten leisten. Viele Unternehmen erwarten, dass auch die Verringerung von ineffizienten Versorgungsstrukturen und Fehlanreizen sowie eine stärkere sektorenübergreifende Versorgung und ein breiter Einsatz qualitätsorientierter Vergütungsstrukturen dazu beitragen könnte, die Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung – ambulant wie stationär – zu verbessern.

Forderungen

- *Vorsorge in den Fokus nehmen*
- *Betriebliche Gesundheitsförderung stärken*
- *KMU unterstützen*

Forderungen

- *Langfristige Stabilität der Lohnzusatzkosten*
- *Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung verbessern*

Ansprechpartner:

Dr. Alexander Graf
Federführung Gesundheitswirtschaft
alexander.graf@konstanz.ihk.de
07622 3907 213



Gesundheitsinnovationen fördern

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Um den Gesundheits- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken, müssen Verfahren nicht nur möglichst unbürokratisch, sondern insgesamt zukunftsfähig ausgestaltet werden. Das betrifft etwa den Zugang zu Daten und die Zulassung von Medizinprodukten.

Die Landespolitik sollte die Branche aus diesem Grund mit folgender Maßnahme unterstützen:

- Innovationen fördern und Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen

Innovationen fördern und Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen

Gerade in der Gesundheitswirtschaft zeigen Innovationen große Wirkungen für die Gesellschaft. Deshalb braucht es ein Innovationssystem, in welchem neue Therapien und Versorgungsformen schnell und bedarfsgerecht in die breite Anwendung überführt werden können. Forschung muss gestärkt werden, aber Innovationen müssen auch planbar ihren Weg in die Erstattung finden.

Hierbei gilt es, nicht nur die Zusammenarbeit, die Innovation und die Wissensgenerierung zu fördern, sondern die Produkte und Dienstleistungen auch wesentlich schneller in die Regelversorgung zu überführen.

2024 waren rund 600 000 Menschen in Baden-Württemberg auf Pflege angewiesen. Aufgrund des demografischen Wandels ist die Tendenz in den kommenden Jahren steigend. Auch hier braucht es dringend Innovationen, um für Verbesserungen und Entlastung, auch der pflegenden Angehörigen, zu sorgen. Das vom Land initiierte Innovationsprogramm Pflege ist ein erster Baustein, der hierbei unterstützen kann. Allerdings sind wesentlich mehr Anstrengungen erforderlich.

Forderungen

- *Produkte und Dienstleistungen schneller in die Regelversorgung überführen*

KI hat großes Potenzial, Medizin und Pflege zu verbessern und Fachkräfte zu entlasten. Bisher verbleiben KI-Anwendungen jedoch zu oft im Forschungskontext und erlangen keine Marktreife, sodass sich das Verbesserungspotenzial, z. B. in der Diagnostik, Behandlungsdokumentation und Therapie, nicht entfalten kann. Hier muss das Land die Chancen von KI deutlicher ergreifen und den dringend notwendigen Transfer in den Versorgungsalltag, beispielsweise durch regionale Pilotprojekte, fördern.

Eine geringe Verfügbarkeit von Gesundheitsdaten führt zu Investitionen von Gesundheitsfirmen bevorzugt in anderen Regionen dieser Welt. Unter allen Industrie-sektoren wächst die weltweite Datenmenge im Gesundheitsbereich – mit über 30 Prozent zwischen 2018 und 2025 – am stärksten. Durch den geplanten Anschluss der forschenden, pharmazeutischen und medizintechnischen Industrie an das Landesprojekt cloudbasiertes Gesundheitsnetzwerk MEDI:CUS können Innovationen beschleunigt werden. Es gilt, keine Zeit zu verlieren. Eine schnellstmögliche Anbindung der baden-württembergischen Gesundheitsindustrie an MEDI:CUS ist dringend erforderlich, um zu den weltweit führenden Standorten aufzuschließen.

Trotz mehrfacher Nachbesserungen führt die Umsetzung der Verordnung (EU) 2017/745 über Medizinprodukte (MDR) weiterhin zu Produkteinstellungen und zur Abwanderung von Innovationen. In einer Befragung der DIHK, der MedicalMountains GmbH und des Industrieverbands Spectaris äußerten sich 2023 fast 400 Unternehmen zu den Auswirkungen der MDR. Die Verordnung, so das Ergebnis, führe dazu, dass bereits heute schon viele Medizinprodukte vom Markt genommen würden – und bis 2027 drohten zahlreiche weitere zu verschwinden. Drei Viertel der Betriebe verzeichnen negative Auswirkungen auf ihre Innovationstätigkeit, in mehr als jedem zweiten Portfolio werden einzelne Produkte oder komplette Produktionen und Sortimente vom Markt genommen – betroffen sind dabei alle Anwendungsgebiete.

Schnell umsetzbare Lösungsvorschläge liegen vor, die vornehmlich zu mehr Planungssicherheit und zur Reduzierung des Kosten- und Verwaltungsaufwands beitragen, ohne dadurch die Sicherheit der Patientinnen und Patienten und der Anwenderinnen und Anwender zu gefährden. Die Landespolitik darf in ihren Bemühungen nicht nachlassen. Sie muss alles dafür tun, den schnellen Abschluss laufender und weiterer Initiativen für die schnelle Beseitigung der elementaren Mängel über Durchführungsrechtsakte einzufordern und die begonnene Evaluierung der MDR zu beschleunigen, um schnell zu einer Gesamtevaluation zu kommen.

Forderungen

- *Pilotprojekte zu KI in der Versorgung initiieren*

Forderungen

- *Netzwerk MEDI:CUS vorantreiben*
- *Schnelle Nutzbarmachung von MEDI:CUS für die Industrie*
- *Hinwirken auf Beseitigung der elementaren Mängel der MDR*

Ansprechpartner:

Dr. Alexander Graf
Federführung Gesundheitswirtschaft
alexander.graf@konstanz.ihk.de
07622 3907 213

Wirtschaftsmotor Tourismus

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die Tourismuswirtschaft – in all ihren Facetten – ist eine der Schlüsselbranchen für die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs. Im Jahr 2024 hat der Tourismus in Baden-Württemberg mit 58,9 Millionen Übernachtungen neue Rekordwerte erreicht. Zudem schafft die Tourismusinfrastruktur gerade in ländlichen Regionen attraktive Freizeitangebote und damit Lebensqualität. Die Tourismusbranche – wozu auch der ausgeprägte Geschäfts-, Messe- und Kongresstourismus, kurz MICE (Meetings Incentives Conventions Exhibitions) zählt – sollte daher nachhaltig im Land gefestigt werden. Es gilt in den kommenden Jahren den Qualitätstourismus durch gezielte Maßnahmen und Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Zusammenarbeit und Fachkräftesicherung weiter zukunftsfähig zu machen.

- Effiziente Strukturen und Stärkung der Zusammenarbeit
- Gezielte Ausrichtung auf Qualitätstourismus durch Förderung von Innovationen und Investitionen
- Rahmenbedingungen optimieren – Bürokratie und Belastungen minimieren

Effiziente Strukturen und Stärkung der Zusammenarbeit

Ein erfolgreicher Tourismus erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren. Die IHK fordert eine stärkere Netzwerkbildung: Initiativen zur Vernetzung von Unternehmen, Kommunen und Institutionen, um Synergien zu schaffen und gemeinsame Marketingstrategien zu entwickeln.

Ein starkes Tourismusmarketing erfordert die Entwicklung einer einheitlichen Marketingstrategie für Baden-Württemberg, die die Stärken des Landes im Business- und Leisure Tourismus deutlich macht, die Vielfalt der Regionen hervorhebt und gezielt neue Zielgruppen anspricht. Unnötige Doppelstrukturen auf Landes-, Destinations-, Landkreis- und Ortsebene sollten vermieden werden. Die damit einhergehenden Hierarchie- und Kompetenzstufen in Tourismusfragen sollten, sofern sie nicht direkt vermieden werden können, zügig abgebaut werden.

Forderungen

- Kooperationen stärken und Doppelstrukturen vermeiden
- Starkes Tourismusmarketing im In- und Ausland

Ausgaben der Gäste vor Ort pro Kopf und Tag in BW



Gezielte Ausrichtung auf Qualitätstourismus durch Förderung von Innovationen und Investitionen

Die gezielte Ausrichtung auf Qualitätstourismus durch die Förderung von Innovationen und Investitionen ist ein entscheidender Schritt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismussektors nachhaltig zu sichern und gleichzeitig die Bedürfnisse der anspruchsvollen Gäste zu erfüllen.

Die Förderung von Innovationen – sei es durch moderne, nachhaltige Infrastruktur, digitale Angebote oder individuelle Erlebnisformate – ermöglicht es, den Gästen einzigartige und maßgeschneiderte Urlaubserlebnisse zu bieten. Gleichzeitig ist die Investition in hochwertige touristische Produkte und Dienstleistungen ein Garant dafür, dass der Qualitätstourismus kontinuierlich wächst. Dabei werden nicht nur die regionalen Wirtschaftsstrukturen gestärkt, sondern auch Arbeitsplätze geschaffen und die nachhaltige Entwicklung des Sektors gefördert.

Die Kombination von Innovationen und Investitionen stellt sicher, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft als Vorreiter im Bereich des nachhaltigen und hochwertigen Tourismus gilt. Aus der gezielten Ausrichtung auf Qualitätstourismus durch Innovationen und Investitionen ergibt sich die dringende Forderung nach gezielten Fördermaßnahmen, die sowohl die Entwicklung neuer Ideen als auch die Modernisierung bestehender Strukturen im Tourismussektor unterstützen.

Rahmenbedingen optimieren - Bürokratie und Belastungen minimieren

Zunehmende Bürokratie und immer wieder neue beziehungsweise steigende Abgaben beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusunternehmen. Vor allem das Gastgewerbe muss einer Fülle von Auflagen und Meldeverpflichtungen nachkommen. Gesetze auf europäischer oder Bundesebene bedeuten für die Unternehmen zusätzliche Restriktionen. Und: Es kommen immer neue hinzu. Für ihre Entwicklung benötigen die touristischen Leistungsträger verlässliche Rahmenbedingungen. Landesregierung und Kommunen sollten auf ein Mehr an finanzieller Belastung und Bürokratie verzichten, denn beides hemmt die Unternehmen in ihren Entwicklungschancen und blockiert Investitionen. Bereits heute tragen die Unternehmen über Steuern und Abgaben einen erheblichen Anteil zu den Einnahmen öffentlicher Haushalte bei.

Rechtliche Vorgaben sind auf notwendige Regelungen zu beschränken und auf diesem Niveau dauerhaft zu halten, um für die Unternehmen Planungssicherheit zu gewährleisten. Um Aufbewahrungs- und Nachweispflichten zu vereinfachen, sollten Dokumentationspflichten, Kontrollen und Verbraucherschutz mit Augenmaß betrieben und die Prozesse umfassend digitalisiert werden. Es gilt, rechtliche Rahmenbedingungen zu gestalten, die den Unternehmergeist fördern und nicht unnötig neue Hindernisse aufbauen.

Forderungen

- Gezielte Unterstützung und Förderung für Innovationsprojekte
- Zugang zu Fördermitteln für KMU im Tourismus vereinfachen

Forderungen

- Bürokratie abbauen und einen geringeren Regulierungsrahmen realisieren
- Prozesse umfassend digitalisieren

Ansprechpartnerin:

Elke Schönborn
Federführung Tourismus
schoenborn@pforzheim.ihk.de
07441 93096 17



Für attraktive Innenstädte

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Lebendige Innenstädte sind Orte der Begegnung, des Arbeitens und des Lebens. Sie bieten Vernetzung, Austausch und Lebensraum für ihre Einwohner und Gäste, wirtschaftlich, kulturell und sozial. Das macht die Innenstadt seit Jahrhunderten zum Herz einer Kommune. Die Innenstadt ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels vieler Akteure.

Dabei stehen die Innenstädte vor großen Herausforderungen: Die weiter zunehmende Digitalisierung verlagert immer mehr Funktionen der materiellen und kulturellen Versorgung in das Netz – und damit heraus aus dem öffentlichen Raum und hinein in den privaten der Nutzer. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben diesen Trend beschleunigt. Wertet man bundesweite Konsumentenbefragungen aus, dann soll der Einzelhandel nach dem Willen der Konsumenten auch in Zukunft eine zentrale Funktion in den Innenstädten einnehmen.

In Anbetracht der Veränderungsdynamiken muss es das Ziel der Landespolitik sein, die Kommunen in Baden-Württemberg bei dem Transformationsprozess, in dem sich die Innenstädte befinden, zu unterstützen und als Wirtschaftsstandorte weiterzuentwickeln.

- Innenstädte als Wirtschaftsstandorte stärken
- Städtebauförderung des Landes auf dem aktuellen fin. Niveau halten
- Regulatorische Rahmenbedingungen verbessern

Innenstädte als Wirtschaftsstandorte stärken

Die innerstädtische Infrastruktur, d.h. insbesondere die dortigen Gebäude, Kunst- und Bauwerke können langfristig nur erhalten werden, wenn die dortigen Gewerbetreibenden wirtschaftlich erfolgreich sind.

Die Vorstellung, dass Innenstädte überwiegend als grüne Oasen und Ruhezonen und damit überwiegend als soziale Treffpunkte weiterentwickelt werden sollen, verkennt, dass die Erhaltung der innerstädtischen Infrastruktur entweder von den Gebäudeeigentümern direkt bzw. über deren Steuern indirekt, unterhalten werden müssen. Aus Sicht der baden-württembergischen IHKs dürfen deshalb die für den wirtschaftlichen Erfolg notwendigen Rahmenbedingungen der Gewerbetreibenden in den Innenstädten keinesfalls vernachlässigt werden.

Forderungen

- *Sicherung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für innerstädtische Gewerbetreibende*
- *Ausgewogene Verknüpfung von Aufenthaltsqualität und Wirtschaftsfunktion*

Die Herausforderung für die strategische Entwicklungsplanung der Innenstädte besteht darin, die Balance zu finden zwischen hoher Aufenthaltsqualität einerseits und der Notwendigkeit andererseits, die Innenstädte als Wirtschaftsstandorte weiterzuentwickeln. Das Land sollte die Städte bei der Umsetzung ihrer Innenstadtentwicklungspläne weiterhin mit den Mitteln der Städtebauförderung finanziell so nachhaltig unterstützen, wie es in der Vergangenheit erfreulicherweise der Fall war.

Auf den richtigen Mobilitäts-Mix kommt es an

Der innerstädtische Einzelhandel in den Ober- und Mittelzentren ist nachweisbar auf Kunden aus dem Umland angewiesen. Die dort lebenden Konsumenten nutzen, auch aus Mangel an attraktiven Nahverkehrsangeboten, oftmals den PKW für die Fahrt in die Innenstädte. Über 90 Prozent aller Kommunen in Baden-Württemberg weisen, nach Angaben des Statistischen Landesamtes, max. 30 000 Einwohner auf. Diese Klein- und Mittelstädte sind von den Transformationsprozessen in den Innenstädten/Ortskernen in besonderem Maße negativ betroffen. Auch der dortige Einzelhandel ist auf Kunden aus dem jeweiligen Einzugsgebiet angewiesen. Deshalb setzen sich die baden-württembergischen IHKs für eine leichte und preiswerte Erreichbarkeit der Innenstädte mit allen Verkehrsmitteln ein, damit die Kunden nicht an andere Handelsstandorte und/oder Vertriebsformen verdrängt werden. Das Land sollte die Kommunen dazu entsprechend beraten und bei der Vergabe z.B. von Städtebauförderungsmitteln darauf achten, dass die notwendigen Rahmenbedingungen für die Einzelhandelsbetriebe in den Innenstädten nicht vernachlässigt werden.

Regulatorische Rahmenbedingungen der Innenstädte verbessern

Um die Städte beim Transformationsprozess ihrer Innenstädte durch das Land zu unterstützen, wurden bereits erste Schritte durch die Entlastungsallianz für Baden-Württemberg beschlossen. Weitere Erleichterungen und die Beschleunigung von Verfahren sind aber dringend notwendig, um die regulatorischen Rahmenbedingungen der Innenstädte zu verbessern und damit u.a. auch Ansiedlungsvorhaben zu erleichtern. Eine Vielzahl entsprechender Maßnahmen sind in der Studie der Fa. Imakomm AKADEMIE, Aalen, „Aufarbeitung Hemmnisse für multifunktionale Innenstädte“ vom Wirtschaftsministerium veröffentlicht worden. Wir plädieren für die Umsetzung möglichst vieler der vorgeschlagenen Maßnahmen, die an die Kommunen, aber auch an das Land adressiert sind.

Forderungen

- Fortführung der Städtebauförderungsmittel auf hohem finanziellem Niveau

Forderungen

- Die Innenstädte müssen für PKW-Kunden erreichbar bleiben
- Förderung nachhaltiger Mobilitätsangebote, wo sinnvoll und umsetzbar

Forderungen

- Beschleunigung von Plan- und Genehmigungsverfahren für bspw. Ansiedlungsverfahren
- Umsetzung der Empfehlungen der Studie „Aufarbeitung Hemmnisse für multifunktionale Innenstädte“

Ansprechpartner:

Bernhard Nattermann
Federführung Handel
nattermann@weingarten.ihk.de
0751 409 171

Digitalisierung weiter voranbringen

Impulse zur Landtagswahl 2026

Auf einen Blick

Die Zukunftsfähigkeit vieler kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) hängt entscheidend davon ab, wie erfolgreich sie die Chancen der Digitalisierung nutzen. Dies betrifft sowohl die Weiterentwicklung bestehender Geschäftsmodelle, Produkten und Dienstleistungen als auch die Schaffung neuer digitaler Angebote. Der Digitalisierungsindex 2024 zeigt, dass die deutsche Wirtschaft in den letzten fünf Jahren um rund 14 Prozent digitaler geworden ist. Dennoch bestehen weiterhin zentrale Herausforderungen, die in diesem Zeitraum nicht gelöst werden konnten – eine kleine Ewigkeit angesichts des rasanten technologischen Fortschritts.

Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, eine Vorreiterrolle im digitalen Wandel einzunehmen. Initiativen wie „Wirtschaft Digital BW“ unterstützen KMU dabei, Digitalisierungsmaßnahmen umzusetzen. Angesichts der zunehmenden Herausforderungen in den Schlüsselbranchen des Landes bedarf es jedoch einer weiteren Intensivierung dieser Unterstützung, um die gesamtwirtschaftlichen Potenziale bestmöglich auszuschöpfen.

Um die Digitalisierung weiter voranzutreiben, sollte die Landespolitik folgende Maßnahmen umsetzen:

- Förderung des Kompetenzaufbaus in KMU
- Abbau bürokratischer Hürden und Digitalisierung der Verwaltung
- Ausbau von Förderprogrammen

Förderung des Kompetenzaufbaus in KMU

Digitale Kompetenzen in KMU und in der Fachkräfteentwicklung verankern
Damit Digitalisierungsprojekte in KMU erfolgreich umgesetzt und deren volles Potenzial ausgeschöpft werden kann, müssen Unternehmen ihre digitalen Kompetenzen kontinuierlich erweitern. Vorausgesetzt ist hierfür qualifiziertes Personal, das mit neuen Technologien arbeiten kann. Daher bedarf es gezielter Unterstützung, um ihnen den Zugang zu relevantem Wissen zu erleichtern und sicherzustellen, dass KMU und Beschäftigte stets auf dem neuesten Stand bleiben. Mit dem Ausbau praxisnaher Netzwerkformate wie den „Digital Hubs“ kann die Landespolitik zielgerichtet zum Kompetenzaufbau im Mittelstand beitragen.

Bürokratische Belastungen

- *Komplexität und Aufwand von Förderanträgen*
- *Behördliche Vorgaben und Vorschriften*
- *Zu lange Genehmigungszeiten neuer Technologien*

Forderungen

- *Digitale Kompetenzen in KMU verankern*
- *KI als Werkzeug für die Praxis*
- *Bessere Zugänge zu Weiterbildungsmaßnahmen*

Die öffentliche Verwaltung ist bei der Digitalisierung versetzungsgefährdet



Künstliche Intelligenz als Werkzeug für die betriebliche Praxis

Ein zentrales Beispiel für den Kompetenzaufbau ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in Unternehmen. Viele KMU verfügen nicht über das notwendige Know-how, um KI-Lösungen effektiv zu implementieren und produktiv zu nutzen. Hinzu kommt, dass der Zugang zu KI-Expertise häufig mit hohen Kosten und Unsicherheiten verbunden ist. Hierfür sollten bestehende Förderprogramme konsequent ausgebaut werden, um niedrigschwellige KI-Anwendungen für KMU besser zugänglich zu machen. Ebenso ist eine stärkere Vernetzung zwischen KMU und Forschungseinrichtungen wie dem vom Land geförderten Kompetenzzentrum Smart Services erforderlich, um den Transfer von Innovationen in die betriebliche Praxis zu beschleunigen.

Bessere Zugänge zu Weiterbildungsmaßnahmen

Um die digitale Transformation auch in der Breite voranzutreiben, müssen bestehende Förderprogramme und Finanzierungsmodelle ausgeweitet und langfristig gesichert werden. Das Bildungszeitgesetz sollte reformiert werden, um Weiterbildungen zu fördern, ohne dabei die finanziellen Belastungen den Arbeitgebern aufzubürden. Programme wie die „Lernfabriken 4.0“ bieten praxisnahe Schulungen, die gezielt auf die Bedürfnisse von KMU und Solo-Selbständigen zugeschnitten sind. Solche Initiativen fördern nicht nur das technische Verständnis, sondern auch die praktische Anwendung digitaler Werkzeuge im betrieblichen Alltag. Ergänzend dazu sind finanzielle Förderungen sowie gezielte Beratungsangebote entscheidend, um KMU bei der Entwicklung und Implementierung von KI-Lösungen zu unterstützen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken.

Ausbau von Förderprogrammen

Transparenz schaffen und Angebote bündeln

Die Vielzahl an Förderprogrammen für Digitalisierung, Industrie 4.0 und KI macht es KMU zunehmend schwer, den Überblick zu behalten. Viele Unternehmen empfinden die Programme als zu komplex, die Antragsverfahren als bürokratisch und die Nachweispflichten als abschreckend. Hinzu kommt, dass KMU oft nicht über die personellen oder finanziellen Kapazitäten verfügen, um sich intensiv mit den Fördermöglichkeiten auseinanderzusetzen oder die aufwendigen Anträge zu stellen. Die Landespolitik muss daher die Förderverfahren deutlich vereinfachen und digitalisieren, um den Zugang für KMU und Ein-Personen-Unternehmen zu erleichtern. Ein zentraler Baustein könnte eine „Metaplatform“ sein, die relevante Informationen zu Förderprogrammen, Ansprechpartnern und Kooperationsmöglichkeiten gebündelt und automatisiert bereitstellt. Eine solche Plattform würde Unternehmen eine schnelle Orientierung ermöglichen und gleichzeitig die Effizienz bei der Antragsstellung erhöhen.

Bürokratieabbau und digitalisierte Verwaltung

Verwaltungsprozesse beschleunigen und Anwenderfreundlichkeit erhöhen

Die Digitalisierung und der Abbau bürokratischer Hürden sind für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Baden-Württemberg von zentraler Bedeutung. Aktuell stehen Unternehmen jedoch vor erheblichen Herausforderungen: Negativaspekte wie hemmende Rahmenbedingungen, Fachkräftemangel und ein langsamer Ausbau des E-Governments könnten sich perspektivisch als Flaschenhals der Digitalisierung erweisen und Digitalisierungsfortschritte aufhalten. Die Landespolitik sollte den Ausbau des E-Governments beschleunigen, um Unternehmen und Bürgern einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen zu ermöglichen. Die strikte Vereinfachung von Statistik-Berichtspflichten ist gleichermaßen notwendig wie die Sicherstellung und Förderung der Anschlussfähigkeit der kommunalen Verwaltungen an die Landes- und Bundesverwaltung. Zusätzlich können die Mehrfachnutzung vorhandener Daten die Betriebe enorm entlasten.

Forderungen

- *Transparenz schaffen*
- *Angebote bündeln*
- *Zugang vereinfachen*

Forderungen

- *Beschleunigung des Ausbaus des E-Government*
- *Unkomplizierter Zugang zu Verwaltungsleistungen*
- *Vereinfachung von Statistik-Berichtspflichten*

Ansprechpartner:

Wolf-Dieter Bauer
Federführung Dienstleistungen
wolf-dieter.bauer@vs.ihk.de
07721 922 168



Medienstandort stärken

Impulse zur Landtagswahl 2026

Medienwirtschaft ist Innovationswirtschaft

Die Bedeutung der baden-württembergischen Medienbranche wächst und sie gilt als einer der innovativsten und dynamischsten Wirtschaftsfaktoren im Land. Während sich klassische Medienhäuser durch Veränderung ihrer Geschäftsmodelle an die neuen Herausforderungen anpassen, nutzen Sektoren wie die Film-/Animations- und Gamesbranche (z. B. durch VFX, Augmented, Virtual und Mixed Reality), Streamingdienste und Influencer als neue Akteure ihre Potenziale im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung. Innovationen aus der Medienwirtschaft werden in Branchen wie der Medizintechnik und Automobilindustrie erfolgreich eingesetzt. Die Landespolitik hat deshalb die Aufgabe, eine zukunftsweisende Medienpolitik zu gestalten, damit die Medienbranche im Land zur führenden Innovationsbranche wird.

Forderungen

- *Medienpolitische Vision*
- *Marketing für den Filmstandort*
- *Zusammenarbeit SWR und Private*
- *Förderung von Medienkompetenz*

Medienpolitik für Morgen gestalten

- Eine richtungsweisende medienpolitische Vision sowie die Koordination der zentralen Institutionen sind essenziell. Die Umsetzung der Filmkonzeption würde Filmschaffenden am Standort eine langfristige Perspektive aufzeigen.
- Das sehr gute internationale Standing der Filmbranche Baden-Württembergs muss sichtbarer im Standortmarketing verankert werden, um weitere Unternehmen anzuziehen und Wertschöpfung im Land zu erhalten.
- Zum Erhalt des Qualitätsjournalismus und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Medienstandortes muss der SWR die Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Medienunternehmen aus der Region intensivieren. Dazu zählen neben der Auftragsvergabe auch inhaltliche Kooperationen und die Nutzung einer gemeinsamen Infrastruktur.
- In Zeiten zunehmender Digitalisierung wird Medienkompetenz wichtiger denn je. Die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) sollte bei der Koordinierung im außerschulischen Bereich eine zentrale Rolle zukommen.

Ansprechpartnerin:
Katharina Lein
Federführung Medien
lein@reutlingen.ihk.de
07121 201 270

Impressum

Impulse zur Landtagswahl 2026

Verleger und Herausgeber:

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag e.V. (BWIHK)
Der BWIHK ist die Dachorganisation der zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg.
Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart
☎ 0711 225500-60
@ info@bw.ihk.de
🌐 bw.ihk.de

Ansprechpartner:

Dr. Michael Alpert, Hauptgeschäftsführer
@ michael.alpert@bw.ihk.de

Felix Allmandinger, Referent Politik
@ felix.allmandinger@bw.ihk.de

Alena Löhlein, Leiterin Politik
@ alena.loehlein@bw.ihk.de

Jan-Hendrik Maletz, Referent Politik
@ jan-hendrik.maletz@bw.ihk.de

Bildnachweis:

Titel: Adobe Stock @ aldorado
S. 2: Adobe Stock @ Olga
S. 4: Adobe Stock @ Andreas Haertle
S. 6: Adobe Stock @ PhotoSG
S. 8: Adobe Stock @ Nut S.
S. 10: Adobe Stock @ Attasit
S. 12: Adobe Stock @ Rauf
S. 14: Adobe Stock @ STUDIO.no.3
S. 16: Adobe Stock @ Антон Сальников
S. 18: Adobe Stock @ somsak
S. 20: Adobe Stock @ KAYU
S. 22: Adobe Stock @ Connect world
S. 24: Adobe Stock @ Vera
S. 26: Adobe Stock @ pictworks

S. 28: Adobe Stock @ Justlight
S. 30: Adobe Stock @ logitech
S. 32: Adobe Stock @ Marta Maksymiv
S. 34: Adobe Stock @ SmirkDingo
S. 36: Adobe Stock @ Jürgen Fälchle
S. 38: Adobe Stock @ Lion
S. 40: Adobe Stock @ Franz Gerhard
S. 42: Adobe Stock @ metamorworks
S. 44/46/48: Adobe Stock @ Pixcellence
S. 50: Adobe Stock @ TR
S. 52: Adobe Stock @ Patrick Lohmüller
S. 54: Adobe Stock @ SS Digital
S. 56: Adobe Stock @ m.mphoto
S. 58: Adobe Stock @ Crystal

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Stand: Mai 2025